



Protokoll

17. Sitzung des Landrates des Kantons Basel-Landschaft

Liestal, 30. Juni 2016

09:00-12:10 Uhr

Abwesend:

Buser Christoph, Inäbnit Sven, Maag-Streit Bianca, Scherrer Marc, Stoll Diego, Stückelberger Balz

Kanzlei:

Klee Alex

Protokoll:

Klee Alex, Zingg Peter, Maurer Andrea

Index

Mitteilungen	733
Persönliche Vorstösse	745
Schlussansprache	750
Traktandenliste	731
Verabschiedungen und Verdankungen	749

Traktanden

- 1 2016/208
Bericht der Landeskanzlei vom 21. Juni 2016: Nachrücken in den Landrat; Anlobung
Werner Hotz angelobt 733
- 2 Anlobung von Stefan Schmid als Richter des Steuer- und Enteignungsgerichts, Abteilung Steuergericht, und von Joel Stebler als Richter des Zivilkreisgerichts Basel-Landschaft Ost
Stefan Schmid und Joel Stebler angelobt 733
- 3 Wahl eines Mitgliedes der Finanzkommission für den Rest der Legislaturperiode bis 30. Juni 2019 anstelle des zurückgetretenen Alain Tüscher
Werner Hotz gewählt 734
- 4 Wahl eines Mitgliedes der Umweltschutz- und Energiekommission für den Rest der Legislaturperiode bis 30. Juni 2019 anstelle des aus der Kommission zurückgetretenen Markus Dudler
Franz Meyer gewählt 734
- 5 Wahl des Landratspräsidenten für das Amtsjahr vom 1. Juli 2016 bis 30. Juni 2017
Philipp Schoch gewählt 734
- 6 Wahl des Regierungspräsidenten für das Amtsjahr vom 1. Juli 2016 bis 30. Juni 2017
Thomas Weber gewählt 734
- 11 2016/114
Berichte des Regierungsrates vom 19. April 2016 und der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für das Universitäts-Kinderspital beider Basel (IGPK UKBB) vom 6. Juni 2016: Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB): Information über die Rechnung 2015 (Partnerschaftliches Geschäft)
Kenntnis genommen 735
- 12 2016/064
Berichte des Regierungsrates vom 8. März 2016 und der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission vom 7. Juni 2016: Teilrevision des Bildungsgesetzes betreffend Einführung der Schuladministrationslösung SAL; 2. Lesung
beschlossen 736
- 7 Wahl der 1. Vizepräsidentin des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2016 bis 30. Juni 2017
Elisabeth Augstburger gewählt 738
- 8 Wahl des 2. Vizepräsidenten des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2016 bis 30. Juni 2017
Hannes Schweizer gewählt 738
- 9 Wahl der Vizepräsidentin des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2016 bis 30. Juni 2017
Sabine Pegoraro gewählt 738
- 13 2016/185
Bericht des Regierungsrates vom 7. Juni 2016: Formuliertes Gesetzesinitiative «für einen effizienten und flexiblen Staatsapparat»; Unterbrechung der Behandlungsfrist
beschlossen 739
- 14 2016/186
Bericht des Regierungsrates vom 7. Juni 2016: Formuliertes Verfassungsinitiative «für eine vernünftige staatliche Personalpolitik»; Unterbrechung der Behandlungsfrist
beschlossen 741
- 15 2016/040
Berichte des Regierungsrates vom 15. März 2016 und der Finanz- sowie der Geschäftsprüfungskommission vom 3. Juni 2016: Jahresbericht 2015
beschlossen 741
- 10 Wahl eines Mitgliedes der Aufsichtskommission des Massnahmenzentrums für junge Erwachsene Arxhof für den Rest der Amtsperiode bis 31. März 2018
Markus Prazeller gewählt 746
- 16 2016/126
Berichte des Regierungsrates vom 3. Mai 2016 und der Finanzkommission vom 3. Juni 2016: Nachtragskreditbegehren zum Budget 2016
beschlossen 746
- 17 2016/041
Berichte des Regierungsrates vom 15. März 2016 und der Geschäftsprüfungskommission vom 9. Juni 2016: Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind
beschlossen (modifiziert) 746

Folgende Traktanden wurden nicht behandelt:

- 18 2016/042
Berichte des Regierungsrates vom 15. März 2016 und der Geschäftsprüfungskommission vom 9. Juni 2016: Sammelvorlage von Motionen und Postulaten, die zur Abschreibung beantragt werden
- 19 2015/452
Berichte des Regierungsrates vom 22. Dezember 2015 und der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission vom 24. Mai 2016: Nichtformulierte Volksinitiative «Ja zu fachlich kompetent ausgebildeten Lehrpersonen»
- 20 2016/037
Berichte des Regierungsrates vom 23. Februar 2016 und der Bau- und Planungskommission vom 20. Juni 2016: Bericht zum Postulat 2013/294 von Thomas Bühler: Keine «Anwänderbeiträge» mehr bei Strassenkorrekturen?!
- 21 2015/423
Interpellation der FDP-Fraktion vom 3. Dezember 2015: Weitere Reform der Pensionskasse des Kantons nötig. Schriftliche Antwort vom 15. März 2016
- 22 2016/025
Interpellation der FDP-Fraktion vom 28. Februar 2016: Umsetzungs-Controlling Finanzstrategie 2016-2019. Schriftliche Antwort vom 24. Mai 2016

23 2016/142

Motion von Balz Stückelberger vom 19. Mai 2016: Streichung des 1. Mai aus der Liste der gesetzlichen Feiertage im Kanton Basel-Landschaft
abgesetzt

Nr. 772

Begrüssung, Mitteilungen

Landratspräsident **Franz Meyer** (CVP) begrüsst die anwesenden Ratskolleg(inn)en, Regierungsmitglieder, Mitarbeitenden der Landeskantlei, Medienschaaffenden und Zuschauer/innen auf der Tribüne herzlich zur letzten Landratssitzung des Amtsjahres 2015/2016.

– *Glückwünsche*

Landratspräsident **Franz Meyer** (CVP) gratuliert Rahel Bänziger: Sie hat am 20. Juni einen runden Geburtstag gefeiert. *[Applaus]*

– *Entschuldigungen*

Sven Inäbnit, Bianca Maag, Marc Scherrer, Diego Stoll, Balz Stüchelberger, Regierungsrätin Sabine Pegoraro

– *Rücktritt*

Landratspräsident **Franz Meyer** (CVP) verliest ein Rücktrittsschreiben vom 27. Juni 2016:

«Sehr geehrter Herr Landratspräsident, sehr geehrte Mitglieder des Landrats,

Unter Einhaltung der gesetzlichen Frist erkläre ich hiermit meinen Rücktritt als Präsidentin des Strafgerichts, Zwangsmassnahmengerichts und Jugendgerichts Basel-Landschaft per 31. Dezember 2016.

Bis zu meinem Ausscheiden werde ich länger als 37 Jahre im Dienste der Baselbieter Justiz gestanden sein. Mit Erreichen des AHV-Alters ist für mich nun der richtige Zeitpunkt gekommen, einen neuen Lebensabschnitt in Angriff zu nehmen. Während dieser langen Zeit meiner juristischen Tätigkeit hatte ich das Privileg, in verschiedenen Rollen im Gerichtswesen des Kantons tätig zu sein und habe dabei viele wertvolle Erfahrungen sammeln können. Ich habe mich stets bemüht, die mir übertragenen Aufgaben sorgfältig, korrekt und sachgerecht anzugehen und habe die Arbeit als Richterin nie als Belastung empfunden, sondern als eine sehr verantwortungsvolle und bereichernde Aufgabe im Dienste der Rechtsuchenden und des Staates.

Ich danke dem Landrat für das langjährige Vertrauen und die mir entgegengebrachte Wertschätzung. Mit freundlichen Grüssen, Jacqueline Kiss»

– *Stimmzähler/Wahlbüro*

Landratspräsident **Franz Meyer** (CVP) gibt bekannt, dass die Stimmzähler für die heutigen Wahlgeschäfte wie folgt eingesetzt werden:

Stimmzähler

Markus Dudler (Seite FDP), Marc Schinzel (Seite SP), Mirjam Würth (Mitte und Präsidium)

Wahlbüro

Roman Klausner, Marie-Theres Beeler, Landschreiber Peter Vetter

Für das Protokoll:

Alex Klee-Bölckow, Landeskantlei

*

Nr. 773

Zur Traktandenliste

Rolf Richterich (FDP) beantragt die Absetzung von Traktandum 23, weil Motionär Balz Stüchelberger abwesend ist.

://: Traktandum 23 wird abgesetzt; ansonsten wird gemäss der versandten Traktandenliste verfahren.

Für das Protokoll:

Alex Klee-Bölckow, Landeskantlei

*

Nr. 774

1 [2016/208](#)

Bericht der Landeskantlei vom 21. Juni 2016: Nachrichten in den Landrat; Anlobung

2 Anlobung von Stefan Schmid als Richter des Steuer- und Enteignungsgerichts, Abteilung Steuergericht, und von Joel Stebler als Richter des Zivilkreisgerichts Basel-Landschaft Ost

Landratspräsident **Franz Meyer** (CVP) bittet die Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben.

Er erklärt Werner Hotz – in einer Ergänzungswahl durch die Unterzeichner des Wahlvorschlags der Liste 4 der Evangelischen Volkspartei im Wahlkreis Allschwil in den Landrat gewählt –, dass er vor Amtsantritt gemäss § 3 des Landratgesetzes geloben müsse, die Verfassung und die Gesetze zu beachten und die Pflichten des Amtes gewissenhaft zu erfüllen.

Weiter erklärt er Stefan Schmid – vom Landrat am 16. Juni 2016 zum Richter am Steuer- und Enteignungsgericht, Abteilung Steuergericht, gewählt – und Joel Stebler – am 16. April 2016 in stiller Wahl zum Richter am Zivilkreisgericht Basel-Landschaft Ost gewählt –, dass sie vor Amtsantritt gemäss § 59 der Kantonsverfassung geloben müssten, die Verfassung und die Gesetze zu beachten und die Pflichten des Amtes gewissenhaft zu erfüllen.

Werner Hotz, Stefan Schmid und Joel Stebler sprechen dem Präsidenten die Worte nach: «Ich gelobe es!»

://: Werner Hotz, Stefan Schmid und Joel Stebler haben ihr Amtsgelöbnis abgelegt.

Landratspräsident **Franz Meyer** (CVP) gratuliert den Angelobten und wünscht ihnen alles Gute und viel Befriedigung in ihren neuen Ämtern.

Für das Protokoll:

Alex Klee-Bölckow, Landeskantlei

*

Nr. 775

3 Wahl eines Mitgliedes der Finanzkommission für den Rest der Legislaturperiode bis 30. Juni 2019 anstelle des zurückgetretenen Alain Tüscher

Landratspräsident **Franz Meyer** (CVP) erklärt, die Fraktion Grüne/EVP schlage Werner Hotz vor.

://: Werner Hotz wird in stiller Wahl zum Mitglied der Finanzkommission gewählt.

Für das Protokoll:
Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 776

4 Wahl eines Mitgliedes der Umweltschutz- und Energiekommission für den Rest der Legislaturperiode bis 30. Juni 2019 anstelle des aus der Kommission zurückgetretenen Markus Dudler

Landrats-Vizepräsident **Philipp Schoch** (Grüne) erklärt, die CVP/BDP-Fraktion schlage Franz Meyer vor.

://: Franz Meyer wird in stiller Wahl zum Mitglied der Umweltschutz- und Energiekommission gewählt.

Für das Protokoll:
Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 777

5 Wahl des Landratspräsidenten für das Amtsjahr vom 1. Juli 2016 bis 30. Juni 2017

6 Wahl des Regierungspräsidenten für das Amtsjahr vom 1. Juli 2016 bis 30. Juni 2017

Klaus Kirchmayr (Grüne), Fraktionspräsident Grüne/EVP, ist es eine Ehre und Freude, Philipp Schoch zur Wahl als Landratspräsident vorzuschlagen. Mit seinen 42 Jahren ist er im besten Alter, und dank seiner mittlerweile 13 Jahren im Landrat gehört er zu den erfahrensten Ratskollegen. Er kennt die Abläufe und das Innenleben des Parlaments und der Politik bestens und bis in die letzten Details. Zwölf Jahre lang hat er als Kommissionspräsident geamtet und in diversen Spezialkommissionen, u.a. in der Findungskommission Landschreiber, mitgewirkt.

In seiner Parlamentsarbeit liegt Philipp Schoch das Finden pragmatischer, funktionierender Lösungen sehr am Herzen. Dabei hat er grosses Talent bewiesen, auch partiübergreifend zu überzeugen. Als Beispiel sei das Baselbieter Energiepaket erwähnt, das unter seiner Leitung als UEK-Präsident entstanden ist. Führungserfahrung hat er auch während zehn Jahren als erfolgreicher Parteipräsident der Grünen Baselland und in seinem Beruf als Abteilungsleiter der Notfallstation am Kantonsspital Liestal gesammelt; das ist ein sehr komplexer Betrieb während 24 Stunden an 365 Tagen mit gegen 30 Mitarbei-

tenden.

Philipp Schoch hat es hervorragend verstanden – sowohl im Berufsalltag als auch in der Politik –, hektische Situationen zu beruhigen und auf ein produktives Ziel hinzuführen; er tut dies mit der ihm eigenen Gelassenheit, mit einer Portion Schlagfertigkeit und einer Prise trockenen Humors.

Die Grüne/EVP-Fraktion ist überzeugt und stolz, dem Landrat mit Philipp Schoch einen für das Amt des Landratspräsidenten hervorragend qualifizierten Kandidaten vorzuschlagen.

Fraktionspräsident **Dominik Straumann** (SVP) betont, auch Thomas Weber sei mit seinen 55 Jahren im besten Alter für das Amt des Regierungspräsidenten. Auch er ist schon lange in der Politik und bekleidete einmal das Amt eines Parteipräsidenten. 2011-2013 war er Landrat und Fraktionsvizepräsident; er war vor allem in Baufragen aktiv, einem Gebiet, in dem er auch beruflich tätig war. 2013 wurde er in den Regierungsrat gewählt; nur weil er um einige Tage jünger ist als Anton Lauber, wurde er nicht schon letztes Jahr Regierungspräsident.

Thomas Weber fällt auf durch seine fleissige, sehr anständige Art. Er bringt seine Sachgeschäfte mit Anstand und Humor durch und wirkt oftmals vor allem im Hintergrund. Er ist kein Mann der grossen Worte oder polemischen Reden. Zudem ist er ein guter Botschafter des Baselbiets nach aussen.

Aus diesen Gründen schlägt die SVP-Fraktion Thomas Weber für die Wahl zum Regierungspräsidenten 2016/2017 vor.

Landratspräsident **Franz Meyer** (CVP) bittet die Stimmenzähler, die Wahlzettel auszuteilen und danach wieder einzusammeln. Anschliessend macht sich das Wahlbüro an die Auszählung; in der Zwischenzeit behandelt der Landrat die Sachgeschäfte ab Traktandum 11.

– Bekanntgabe des Resultats der Landratspräsidentenwahl

Zahl der Stimmberechtigten		90
Zahl der eingelegten Wahlzettel		84
Zahl der leeren Wahlzettel	4	
Zahl der ungültigen Wahlzettel	0	
Zahl der gültigen Stimmen		80
Absolutes Mehr		40
Philipp Schoch		78
Andere		2

://: Philipp Schoch ist mit 78 Stimmen zum Landratspräsidenten 2016/2017 gewählt.

[stehender Applaus]

Philipp Schoch (Grüne) hält folgende Antrittsrede:

«Sehr geehrter Herr Landratspräsident, lieber Franz Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,
Sehr geehrter Herr Regierungspräsident, lieber Toni,
Sehr geehrte Damen und Herren Regierungsräte,
Liebe Eltern, liebe Familien und Freunde,
Lieber Christoph,
Sehr geehrte Gäste und Vertreterinnen und Vertreter der Medien!

Ich bedanke mich ganz herzlich für das Vertrauen,

das mir der Landrat geschenkt hat. Ich erkläre freudig Annahme der Wahl. Es ist nicht selbstverständlich, dass der Landrat mich als grünen Politiker ins höchste Amt des Kantons wählt, bin ich doch ein Vertreter einer Minderheit in diesem Parlament. Jetzt haben Sie mich legitimiert, den ganzen Landrat, ja sogar den ganzen Kanton zu vertreten. Das ehrt mich sehr. Ich verspreche Ihnen, mein Bestes zu geben und mich mit meiner ganzen Kraft für das Wohl des Baselbiets einzusetzen.

Unserem Kanton geht es zur Zeit finanziell nicht so gut. Das heisst aber nicht, dass wir keine Stärken hätten oder dass wir uns gar verstecken müssten. Ich möchte in meinem Präsidijsjahr das Baselbiet selbstbewusst vertreten und über unsere Stärken reden. Als Landratspräsident ist man an sehr vielen Veranstaltungen und hat unzählige Gelegenheiten, die Vorzüge unserer Region deutlich zu machen. Unsere Lage in der trinationalen Region, der Pragmatismus unserer Politik, die zahlreichen Persönlichkeiten aus Politik und Kultur – und nicht zuletzt die Vielfalt unserer gesamten Region mit ihren Bürgerinnen und Bürgern sind Eigenschaften, die uns stark machen. Das stimmt mich optimistisch.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei meiner Fraktion und bei den Grünen Baselland für die Nomination. Bedanken möchte ich mich aber auch bei den Wählerinnen und Wählern, die mir überhaupt erst ermöglichen, dass ich heute hier sitzen darf.

Dir, Franz, möchte ich ganz speziell Danke sagen. Du bist ein hervorragender Lehrmeister gewesen; Deine Kollegialität schätze ich enorm.

Nicht zuletzt braucht es auch ein Umfeld, damit man ein solch intensives politisches Amt überhaupt meistern kann. Meinen Eltern, meinem Partner und allen anderen grosszügigen Menschen um mich herum danke ich ganz herzlich für die bisherige und künftige Unterstützung.

Ich lade Sie alle ganz herzlich ein, heute Abend nach Pratteln zu kommen ans traditionelle Landratspräsidentenfest. Es wird ein vielseitiges, buntes und bewegtes Fest werden. Wir starten pünktlich um 18 Uhr mit einem Umzug ab Bahnhof Pratteln. Ich freue mich sehr, mit Ihnen allen heute Abend aufs Baselbiet anstossen zu dürfen!» [Applaus]

Es singen zwei Primarschulklassen des Fraumattschulhauses Liestal.

Stephan Burgunder, designierter Gemeindepräsident von Pratteln, richtet einige Worte an den Rat:

«Lieber Landratspräsident, liebe Landräte, Lieber Regierungspräsident, liebe Regierungsräte!

Als erstes möchte ich Dir, Philipp, ganz herzlich zu diesem Glanzresultat gratulieren. Morgen fängt für uns beide ein neuer Lebensabschnitt an: Für Dich als höchster Baselbieter, für mich als Gemeindepräsident in Pratteln.

Revitalisiert man einen Fluss, entsteht ein vielfältiger Naturraum. Revitalisiert man ein ganzes Dorf, entsteht attraktiver Wohnraum. Pratteln unterliegt einem permanenten Wandel und ist dabei, sich ein neues, unverkennbares Gesicht anzueignen. Von weitem sieht man die Hochhäuser Vierfeld, Ceres und Aquila; doch nicht nur das: In den nächsten vier Jahren wird Pratteln CHF 38 Mio. in Infrastrukturbauten investieren. So werden im alten Dorfkern die beiden Schulhäuser saniert, es wird ein 'Haus der Musik' und ein 'Haus der Vereine' geben, und der Dorfkern wird neu belebt. Am Bahnhof ist ein neuer Platz entstanden, und der neue Kreisel dient als neues

Eingangstor für Pratteln mit neuen, attraktiven Läden. Schaut man Richtung Sandgrube, bekommt dort das Stadion ein neues Gebäude, und in Richtung Rhein entsteht – wie alle wissen – ein neues Wohn- und Arbeitsgebiet. Den Anfang macht Coop mit der Investition von CHF 380 Mio.; so werden auf der Grösse von elf Fussballfeldern 600 neue Arbeitsplätze geschaffen. Damit verfügen wir in Pratteln über etwas mehr als 13'000 Arbeitsplätze. Bezüglich der Entwicklung von Salina Raurica hoffe ich auch auf die Unterstützung durch den Landrat, insbesondere wenn es um Kredite für die Strassenverlegung oder für die Verlängerung des 14er-Trams bis nach Augst geht.

Sie sehen: Bei uns in Pratteln ist vieles im Fluss, und wir dürfen uns auf eine spannende Zeit freuen. Ich freue mich auch, Sie heute Abend einzuladen, so dass sie sich vor Ort, vom Bahnhof her aufwärts, ein Bild von diesen Bauten machen können. Ich freue mich, Sie ab 17:30 Uhr zu treffen und mit Ihnen um 18 Uhr den Festumzug hinauf ins Kultur- und Sportzentrum zu begleiten.» [Applaus]

Landratspräsident **Franz Meyer** (CVP) dankt den Schülerinnen und Schülern und dem designierten Gemeindepräsidenten von Pratteln für ihre Beiträge und wünscht ihnen noch einen schönen Nachmittag. Er freut sich auf den Besuch in Pratteln am Abend.

– *Bekanntgabe des Resultats der Regierungspräsidentenwahl*

Zahl der Stimmberechtigten		90
Zahl der eingegangenen Wahlzettel		84
Zahl der leeren Wahlzettel	1	
Zahl der ungültigen Wahlzettel	0	
Zahl der gültigen Stimmen		83
Absolutes Mehr		43
Thomas Weber		81
Andere		2

://: Thomas Weber ist mit 81 Stimmen zum Regierungspräsidenten 2016/2017 gewählt.

[Applaus]

Für das Protokoll:

Alex Klee-Böckow, Landeskanzlei

*

Nr. 778

11 [2016/114](#)

Berichte des Regierungsrates vom 19. April 2016 und der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für das Universitäts-Kinderspital beider Basel (IGPK UKBB) vom 6. Juni 2016: Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB): Information über die Rechnung 2015 (Partnerschaftliches Geschäft)

Kommissionspräsidentin **Regula Meschberger** (SP) erklärt, die IGPK UKBB habe sich zum Ziel gesetzt, diese Vorlage noch vor den Sommerferien in die beiden Parlamente zu bringen.

Es ist der Regierungsrat, welcher im Rahmen seiner Aufsichtspflicht Jahresbericht und Rechnung prüft. Die IGPK UKBB hat die Aufgabe, genauer hinzuschauen und

auf gewisse Punkte aufmerksam zu machen. Im Gespräch mit den Regierungsräten geht es auch darum festzustellen, inwiefern die Aufsichtspflicht wahrgenommen wird.

Die Kommission nimmt auch eine inhaltliche Prüfung vor. Auf einige Punkte soll kurz eingegangen werden: Die Tarife sind ein Dauerthema. Hierzu gibt es eine erfreuliche Meldung. Das UKBB konnte sich mit tarifsuisse für die Jahre 2012-2016 einigen. Aufgrund dessen konnten Rückstellungen aufgelöst werden, was zu einem positiven Unternehmensergebnis führt..

Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, dass es zwei Tarife gibt (Krankenkassen, IV). Im UKBB sind die IV-Tarife wichtig, denn 40 % der Fälle werden über die IV abgerechnet. Die Tarife, welche die IV zurzeit bezahlt, sind nicht kostendeckend. Das ist ein grosses Problem. Auf politischer Ebene wird in Verhandlungen mit dem Bundesrat versucht, etwas zu erreichen. Sollten diese scheitern, muss auch hier der Rechtsweg beschritten werden.

Die ambulanten Tarife decken die Leistungen nicht. Die Leistungen im Kinderspital sind teilweise viel umfangreicher als in der Erwachsenenmedizin. Das hat in der IGPK UKBB zu grossen Diskussionen geführt. Es stellt sich die Frage, ob für eine Erhöhung der ambulanten Tarife gekämpft werden muss. Dabei ist nicht zu vergessen, dass mit den Tarifen auch die Krankenkassenprämien steigen. Werden die Tarife belassen, bedeutet dies, dass die Differenz zwischen den Tarifen und den effektiven Kosten durch die SteuerzahlerInnen beglichen werden. Es ist eine Situation, welche sich nicht einfach lösen lässt.

Durch die erwähnte Auflösung von Rückstellungen (CHF 4.7 Mio.) konnte ein positives Unternehmensergebnis von CHF 3.5 Mio. erzielt werden. Ohne die Auflösung der Rückstellungen bestünde ein betriebliches Defizit von CHF 1.2 Mio.

Ein wichtiges Thema ist die Frage der Fallzahlen. Die IGPK UKBB ist überzeugt, dass das UKBB diesbezüglich auf einem guten Weg ist. Es wurden Kooperationen mit anderen Kinderspitälern (Aarau, Bern, Luzern, Bellinzona) eingegangen. Zudem wird festgelegt, was wo angeboten wird, damit nicht jedes Spital – insbesondere im Bereich der hochspezialisierten Medizin – alles anbietet. Dadurch ergeben sich an den jeweiligen Standorten genügend hohe Fallzahlen.

Die IGPK UKBB beantragt, den Jahresbericht und die Rechnung 2015 zur Kenntnis zu nehmen. Genehmigt wurde sie bereits durch die beiden Regierungsräte. Die Kommission hat festgestellt, dass Regierungsrat Thomas Weber und Regierungsrat Lukas Engelberger ihre Aufsichtspflicht sehr gut und intensiv wahrnehmen. Es finden regelmässige Reportings statt. Die IGPK UKBB wird sich bereits in einem halben Jahr wieder über die aktuelle Situation informieren lassen.

– *Eintreten*

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Die Information über die Rechnung 2015 des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) wird stillschweigend zur Kenntnis genommen.

Für das Protokoll:

Peter Zingg, Landeskanzlei

*

Nr. 779

12 [2016/064](#)

Berichte des Regierungsrates vom 8. März 2016 und der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission vom 7. Juni 2016: Teilrevision des Bildungsgesetzes betreffend Einführung der Schuladministrationslösung SAL; 2. Lesung

Landratspräsident **Franz Meyer** (CVP) weist darauf hin, dass der Landrat an seiner letzten Sitzung die 1. Lesung ohne Änderung abgeschlossen habe.

– *2. Lesung*

I.

§ 4b Abs. 2

Caroline Mall (SVP) merkt an, sie habe bereits in der ersten Lesung darauf hingewiesen, dass die Erziehungsberechtigten nicht aussen vor gelassen werden dürfen, wenn sich Lehrpersonen und Heilpädagog(inn)en mit einer Schülerin/einem Schüler auseinandersetzen.

Es würde nichts Unvertretbares in das Gesetz aufgenommen. Es geht lediglich um die Ergänzung eines Satzes in § 4b Absatz 2. Dieser soll heissen: «Die Erziehungsberechtigten sind darüber zu informieren.»

Das ist keine materielle Änderung. Damit wird nur sichergestellt, dass die Erziehungsberechtigten frühzeitig informiert werden. In der Vorlage zur integrativen Schulung muss dies zwingend verankert sein. Trotzdem kann mit der beantragten Ergänzung ein erster Schritt gemacht werden. Damit wissen die Erziehungsberechtigten, wenn sich Lehrpersonen über ein Kind Gedanken machen. Die Votantin hofft, dass sich heute eine Mehrheit dafür findet.

Miriam Locher (SP) erklärt, die SP-Fraktion habe ihre Meinung in diesem Punkt nicht geändert. Der Antrag wird nicht unterstützt. Die Information gehört zum System dazu. Eine Regelung ist deshalb nicht nötig.

Paul R. Hofer (FDP) informiert, die FDP-Fraktion unterstütze den Antrag nicht. Hier würde etwas am falschen Ort geregelt.

Wenn er richtig verstanden habe, so **Hanspeter Weibel** (SVP), meine Miriam Locher, es gehöre zum System, dass die Eltern informiert werden. Weshalb kann etwas, was zum System gehört, nicht auch ins Gesetz geschrieben werden?

Es sei darauf aufmerksam gemacht, dass es in der Schule geteilte Verantwortungen gibt. Für die Erziehung und für Verhaltensfragen sind letztlich die Eltern verantwortlich. Für den Bildungsauftrag sind die Lehrpersonen und die Schule verantwortlich. Wenn diese beiden Dinge vermischt werden, ist plötzlich nicht mehr klar, wer für was die Verantwortung trägt. Dort, wo beide Bereiche betroffen sind, müssen Eltern und Lehrpersonen zusammensitzen.

Es soll nicht irgendwann mal heissen, etwas sei im «Lehrerzimmer» schon längst bekannt gewesen, während

die Eltern noch nichts davon mitbekommen haben. Das darf nicht sein. Wenn über das Kind in der Schule – mehr oder weniger formalisiert – diskutiert wird, sind die Eltern zu informieren.

Christine Gorrengourt (CVP) kann die Argumentation bezüglich des Problems einigermaßen nachvollziehen. Es wird eine Vorlage für Sonderpädagogik geben, worin die diskutierte Problematik ebenfalls Thema sein wird.

Wenn die Lehrpersonen über ein Kind reden und jedes Mal vorher die Eltern informieren müssen, würden sie nicht mehr viel anderes tun, als zu telefonieren. Das sollte nicht sein. Sobald jedoch Massnahmen in irgendeiner Form angedacht sind, sollten die Eltern informiert werden. Bei den Massnahmen muss das geregelt werden. Dass nun aber bei jedem Gespräch über ein Kind zum Telefonhörer gegriffen werden müsste, erachtet die CVP/BDP-Fraktion als übertrieben.

Paul Wenger (SVP) meint, der von Christine Gourrengourt vermutete Aufwand werde wohl stark überschätzt. Es muss mit Augenmass operiert werden.

Es ist selbstverständlich nicht gemeint, dass wegen sog. Belanglosigkeiten ein riesen Staatsapparat in Gang gesetzt wird. Wenn Lehrpersonen einen Standardbrief vorbereitet haben, mit welchem die Eltern grundsätzlich in Kenntnis gesetzt werden können, über was diskutiert wurde, hält sich der Aufwand in Grenzen. Dafür braucht es ein bis zwei mögliche Kurzbriefe. Damit muss nicht ständig zum Telefon gegriffen werden. Das meint kein Mensch. Das meint auch Caroline Mall nicht. Wenn es jedoch wirklich darum geht, Phasen einzuleiten, welche zu weitergehenden Massnahmen führen, dann haben die Eltern das Recht, informiert zu werden.

Die Kinder des Votanten sind nicht mehr in dieser Situation. Trotzdem hält er es für ein sehr berechtigtes Anliegen der Eltern. Alle, die Schule geben, müssen hier nicht weiss machen wollen, dass es eine Staatsübung wäre, die Eltern zu informieren.

Der Votant bittet deshalb darum, der kleinen Ergänzung zuzustimmen.

Regula Meschberger (SP) hat den Eindruck, dass verschiedene Dinge miteinander vermischt werden. Es ist niemand der Meinung, dass die Eltern nicht informiert werden müssen. Das ist gar nicht das Thema. Es gehört allerdings nicht in dieses Gesetz geschrieben, weil es völlig selbstverständlich ist. Die Schule und die Lehrpersonen haben Rechte und Pflichten. Da ist alles geregelt. Die Mitwirkungspflicht der Eltern ist sogar im ZGB geregelt. Es braucht deshalb keine zusätzliche Regelung.

Abgesehen davon: Massnahmen bzw. heilpädagogische Massnahmen können nur mit dem Einverständnis der Eltern ergriffen werden. Es ist völlig unnötig, die Regelung ins Gesetz aufzunehmen.

Simone Abt (SP) versteht nicht, wie Paul Wenger die Abgrenzung machen möchte, wann denn nun die Eltern informiert werden müssen und wann nicht. Es gibt Schülerinnen und Schüler, über welche tagtäglich irgendwo in der Schule gesprochen wird. Als Elternteil hätte die Votantin keine Freude gehabt, jeden Tag drei Anrufe zu bekommen: «Sie, wir haben über ihren Sohn gesprochen. Er hat im Gang geblödet oder im Unterricht gestört.» Das kann nicht gemeint sein. Wie erfolgt die Abgrenzung? Wer definiert die Relevanz? Das steht nicht in diesem Antrag.

Caroline Mall (SVP) ist erschreckt, ob den Ausführungen von Simone Abt. Es geht alleine darum, dass wenn die Lehrpersonen «die Köpfe zusammenstecken» und sich Gedanken machen, ein Prozess beginnt. In einem zweiten Schritt würden dann Massnahmen ergriffen. Jeder/jede in diesem Saal weiss, was das heisst. Die Vorlage zur integrativen Schulung folgt. Und es ist im Landrat auch jeder/jedem klar, dass die Heilpädagogin bereits im Kindergarten eine Tour zwischen Sommer- und Herbstferien macht. Dabei wird der Fokus auf die einzelnen Kinder gerichtet. Das mag auf Verständnis stossen, weil man versuchen will, die Kinder so schnell wie möglich zu erfassen, wenn irgendwo «ein Eckli nicht am richtigen Ort ist». Der ganze Prozess kann auch übertrieben werden.

Der Votantin geht es wirklich nur darum, dass wenn sich Lehrpersonen über ein Kind unterhalten, welches möglicherweise eine Schwäche hat oder möglicherweise nicht ins Schulraster passt, und in einem zweiten Gedankengang möglicherweise gesagt wird, dass es für das Kind einen Heilpädagogen braucht, dann spätestens die Eltern eingeschaltet werden müssen. Das ist wohl allen klar, welche ein bisschen eine Ahnung vom Bildungsgesetz haben.

Der Prozess beginnt, wenn die Lehrpersonen «die Köpfe zusammenstecken». Ansonsten würden sie es nicht tun. Das möchte die Votantin nicht als Mutter. Die Votantin hofft auch, dass man sich nicht jeden Tag mit ihrem Kind auseinandersetzen muss.

Dem Satz, dass die Eltern informiert werden müssen, wenn die Lehrpersonen sich erste Gedanken wegen eventuellen Fördermassnahmen machen, kann doch nun wirklich nichts im Wege stehen.

Oskar Kämpfer (SVP) möchte auf das Votum von Regula Meschberger zurückkommen. Sie hat zurecht gesagt, dass praktisch alles an allen Orten geregelt ist. Darum geht es hier aber nicht. Es soll geregelt werden, wie die neue Schuladministrationslösung SAL genutzt werden soll. Es geht nur darum, dass das, was Regula Meschberger gesagt hat, effizient umgesetzt werden kann. Hier werden die Grundlagen für eine effiziente Nutzung des Systems gelegt. Genau deshalb gehört dieser Satz in das Gesetz. Damit können die Lehrpersonen mit diesem System das Umsetzen, wo von Regula Meschberger sagt, es sei schon lange klar. Wenn diese Voraussetzungen nicht geschaffen werden, wird am Schluss ein System eingeführt, welches praktisch nicht brauchbar ist.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) erinnert daran, dass die Diskussion schon in der ersten Lesung geführt worden sei. Es besteht Verständnis für das Anliegen von Caroline Mall. Der Antrag sollte trotzdem abgelehnt werden. Hier wäre es am falschen Ort geregelt. Oskar Kämpfer hat es gesagt: Es geht um die spezielle Bestimmung zur Datenbekanntgabe. Wenn sich Lehrpersonen austauschen und den Namen eines Kindes erwähnen, sind sie heute schon nahe an einer Amtsgeheimnisverletzung. Es kann nicht sein, dass sie jedes Mal zum Telefon greifen und die Eltern informieren müssen. Es braucht eine Regelung. Eine solche wird mit der Landratsvorlage zur integrativen Schulung vorgelegt. Wann die Erziehungsberechtigten einbezogen werden, wird genau beschrieben und abgebildet.

Hier wäre der falsche Ort. Der Schulbetrieb würde mit der Ergänzung massiv behindert. Der Landrat wird gebeten, den Antrag abzulehnen.

://: Der Antrag von Caroline Mall auf Ergänzung von § 4 Abs. 2 wird mit 55:29 Stimmen abgelehnt.
[Namenliste einsehbar im Internet; 09:43]

§ 4c *keine Wortmeldungen*

§ 59 *keine Wortmeldungen*

II.-IV. *keine Wortmeldungen*

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung*

://: Der Landrat beschliesst die Änderung des Bildungsgesetzes mit 84:0 Stimmen. Das 4/5-Mehr ist somit erreicht.
[Namenliste einsehbar im Internet; 09:44]

://: Das Postulat 2010/250 ist stillschweigend abgeschrieben.

Gesetzestext: Beilage

*Für das Protokoll:
Peter Zingg, Landeskanzlei*

*

Nr. 780

7 Wahl der 1. Vizepräsidentin des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2016 bis 30. Juni 2017

8 Wahl des 2. Vizepräsidenten des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2016 bis 30. Juni 2017

9 Wahl der Vizepräsidentin des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2016 bis 30. Juni 2017

Die Vizepräsidentin der Fraktion Grüne/EVP, **Sara Fritz** (EVP), erinnert daran, dass sie an der konstituierenden Sitzung vor einem Jahr an dieser Stelle gesagt habe, es sei ein Freudentag für die EVP. Der heutige Tag ist es nicht minder: Die EVP hat erst einmal in der Geschichte des Kantons, nämlich 1938/39, den Landratspräsidenten stellen dürfen. Es ist deshalb heute eine sehr ehrenvolle Aufgabe, dem Landrat mit Elisabeth Augstburger eine äusserst kompetente, langjährig erfahrene und als Brückenbauerin geschätzte Politikerin zur Wahl als 1. Vizepräsidentin empfehlen zu dürfen.

Elisabeth Augstburger gehört dem Landrat schon lange, seit dem Jahr 2003 an. Sie war elf Jahre lang Vizepräsidentin der CVP/EVP-Fraktion und sieben Jahre lang Vizepräsidentin der EVP Baselland. Ausserdem war sie von 2001-2015 Einwohnerrätin in Liestal. Von 2009-2011 amtierte sie als Mitglied des Landratsbüros, des Vorgängergremiums der heutigen Geschäftsleitung.

Beruflich ist Elisabeth Augstburger als Leiterin der Deutschkurse für fremdsprachige Frauen in Liestal; ausserdem ist sie in verschiedenen Vorständen tätig, in mehreren auch als Präsidentin, und daneben ist sie auch Vize-

präsidentin des Stiftungsrates des Frauenhauses beider Basel. Seit fünf Jahren präsidiert sie auch die Kommission Gesundheit/Soziales/Forschung des Districtsrats des trinationalen Eurodistricts.

In ihrer Freizeit wandert Elisabeth Augstburger gern im Baselbiet, besteigt aber auch mit Begeisterung SAC-Hütten. Ausserdem nimmt sie seit zehn Jahren jährlich mit einer Politikerinnengruppe am Baselbieter Team-OL. Regelmässig verbringt sie auch Zeit mit ihrer zweijährigen Enkelin.

Als 2. Vizepräsidentin hat Elisabeth Augstburger im vergangenen Amtsjahr bereits viele Repräsentationsaufgaben übernehmen dürfen. Mit ihrer offenen Art, auf Menschen zuzugehen, wird sie den Kanton bei Anlässen und bei der Bevölkerung weiterhin sehr gut vertreten; verschiedene Rückmeldungen aus dem letzten Jahr bestätigen dies.

Fraktionspräsidentin **Miriam Locher** (SP) schlägt Hannes Schweizer zur Wahl als 2. Vizepräsident des Landrates vor. Er ist seit 2003 Landrat und hat sich in dieser Zeit mit seiner eigenständigen und erfahrenen Art über die Parteigrenzen hinaus Respekt verschafft. Er blickt nicht nur auf 13 Jahre Landrat zurück, sondern er präsidiert auch die Bau- und Planungskommission und war 15 Jahre lang Gemeindepräsident.

Viele kennen Hannes Schweizer ausserdem als Fussballer mit grossem Kampfgeist und Sinn für Fairness; das wird er bestimmt auch für sein neues Amt brauchen können.

Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass Hannes Schweizer mit seinem grossen Leistungsausweis, den genannten Eigenschaften, seiner breiten Abstützung, seiner Authentizität, seinem Engagement – davon zeugen viele Vorstösse zu einer Vielzahl von Themen – das Baselbiet künftig gut repräsentieren wird.

Mit seinen erfrischenden Voten wird er auch als Landratspräsident 2018/2019 für einen Perspektivenwechsel sorgen können; deshalb wird er wärmstens zur Wahl empfohlen.

Fraktionspräsident **Rolf Richterich** (FDP) schlägt Regierungsrätin Sabine Pegoraro zur Wahl als Regierungsvizepräsidentin vor. Sie gross vorzustellen, ist wohl überflüssig, denn immerhin ist sie seit 2003 Regierungsrätin und war schon zweimal Regierungspräsidentin. Nun kommt sie turnusgemäss zum dritten Mal zum Handkuss. Hoffentlich kann sie nach den Sommerferien ihr Amt vollständig genesen wieder wahrnehmen – schliesslich braucht ein Regierungsrat ein starkes Rückgrat.

Landratspräsident **Franz Meyer** (CVP) bittet die Stimmezähler, die Wahlzettel auszuteilen und danach wieder einzusammeln. Anschliessend macht sich das Wahlbüro an die Auszählung; in der Zwischenzeit behandelt der Landrat die Sachgeschäfte ab Traktandum 13.

– *Bekanntgabe des Resultats der Wahl der 1. Vizepräsidentin des Landrates*

Zahl der Stimmberechtigten	90
Zahl der eingelegten Wahlzettel	84
Zahl der leeren Wahlzettel	9
Zahl der ungültigen Wahlzettel	0
Zahl der gültigen Stimmen	75
Absolutes Mehr	38

Elisabeth Augstburger 70
Andere 5

://: Elisabeth Augstburger wird mit 70 Stimmen zur 1. Vizepräsidentin 2016/2017 des Landrates gewählt.

[Applaus]

– Bekanntgabe des Resultats der Wahl des 2. Vizepräsidenten des Landrates

Zahl der Stimmberechtigten 90
Zahl der eingelegten Wahlzettel 84
Zahl der leeren Wahlzettel 5
Zahl der ungültigen Wahlzettel 0
Zahl der gültigen Stimmen 79
Absolutes Mehr 40
Hannes Schweizer 73
Andere 6

://: Hannes Schweizer wird mit 73 Stimmen zum 2. Vizepräsidenten 2016/2017 des Landrates gewählt.

[Applaus]

– Bekanntgabe des Resultats der Wahl der Vizepräsidentin des Regierungsrates

Zahl der Stimmberechtigten 90
Zahl der eingelegten Wahlzettel 83
Zahl der leeren Wahlzettel 10
Zahl der ungültigen Wahlzettel 0
Zahl der gültigen Stimmen 73
Absolutes Mehr 37
Sabine Pegoraro 67
Andere 6

://: Regierungsrätin Sabine Pegoraro wird mit 67 Stimmen zur Vizepräsidentin 2016/2017 des Regierungsrates gewählt.

[Applaus]

An dieser Stelle kann Landratspräsident **Franz Meyer** (CVP) dem Landrat die besten Grüsse von Sabine Pegoraro ausrichten, die allen Gewählten herzlich gratulieren lässt.

Für das Protokoll:
Alex Klee, Landeskanzlei

*

Nr. 781

13 2016/185

Bericht des Regierungsrates vom 7. Juni 2016: Formulerte Gesetzesinitiative «für einen effizienten und flexiblen Staatsapparat»; Unterbrechung der Behandlungsfrist

– Eintretensdebatte

Klaus Kirchmayr (Grüne) sagt, das Traktandum habe heute in der Grüne/EVP-Fraktion zu längeren Diskussionen geführt. In der Kommissionsarbeit wird zunehmend festgestellt, dass die Drohkulisse einer eingereichten aber nicht zur Volksabstimmungen zu bringenden Initiative eine Behinderung in der legislativen Arbeit darstellt.

Es gibt einige Beispiele aus der Finanz- und der Personalkommission, bei welchen der Eindruck entsteht, dass Regierungsrat und Verwaltung durch pendente Initiativen ein Stück weit an der kurzen Leine – manche sagen Gängelband – gehalten werden. Es ist ein Missbrauch des Instrumentes Volksinitiative, wenn eine eingereichte Volksinitiative nicht unmittelbar zur Abstimmung gebracht wird. Selbstverständlich versucht der Regierungsrat die Anliegen von Initianten zu berücksichtigen. Das sollte mit Mass geschehen. Die Behandlungsfristen, welche in Gesetz und Verfassung festgeschrieben sind, sollten nicht ohne Not ständig unterbrochen werden. Das ist in letzter Zeit eingerissen.

Aus diesem Grund wird die Grüne/EVP-Fraktion heute ein Zeichen setzen und sich bei Traktandum 13 und 14 gegen die Verlängerung und gegen die Unterbrechung der Behandlungsfrist aussprechen.

Pia Fankhauser (SP) schliesst sich der Grüne/EVP-Fraktion an. Die Behandlungsfrist wurde bereits im November letzten Jahres verlängert. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dem Regierungsrat müsse ein wenig das Rückgrat gestärkt werden, was er nachher wohl vehement von sich weisen wird. Das Geschäft sollte abgeschlossen werden. Was die Initianten mit den Initiativen machen, steht ihnen frei. Initiativen können zurückgezogen werden, wenn sie erfüllt sind. Es soll nicht so weit gehen, dass der Regierungsrat in vorauseilemdem Gehorsam möglichst viele Punkte einer Initiative zu erfüllen versucht, um die Initianten glücklich zu machen.

Die Initiative ist im Kanton Basel-Landschaft ein wichtiges Mittel und mit nötigen 1500 Unterschriften relativ leicht einzureichen. Deshalb kann auch verlangt werden, dass die Fristen nicht ohne Not regelmässig strapaziert werden.

Das seien hochspannende Aussagen zum Demokratieverständnis der beiden Parteien gewesen, so **Oskar Kämpfer** (SVP). Es ist richtig, dass das Initiativrecht nicht strapaziert werden soll. Es soll möglichst zügig darüber abgestimmt werden.

Das ausgerechnet jetzt, wenn es um eine Initiative der Liga der Steuerzahler geht, wobei in einem demokratische Prozess schon gewisse Dinge umgesetzt wurden und die Liga der Steuerzahler mit dem Regierungsrat genau dieses Vorgehen abgesprochen hat, ein Exempel statuiert werden soll, zeigt, dass es nicht um die Sache geht. Es geht nicht darum, das Instrument zu stärken, wie es nötig wäre, sondern ein Präjudiz im absolut falschen Moment geschaffen werden soll. Es liegt im Wesen eines demo-

kratischen Gestaltungsprozess, dass der Staat vorwärts schreitet und gewisse Änderungen eingebracht werden. Wenn dann die Initianten, welche die Unterschriften gesammelt haben, der Meinung sind, der Prozess solle unterbrochen werden, wäre es ein falsches und gefährliches Zeichen, wenn der Landrat signalisiert, dass nicht mehr miteinander gesprochen bzw. nicht mehr die beste Lösung gesucht werden soll.

Die SVP ist auch von einem solchen Prozess betroffen. Und auch sie hat dabei Hand geboten. Dieses Geschäft wird noch in den Landrat kommen. Die SVP hat einer Verlängerung zugestimmt, weil es sinnvoll ist, dass sich der Regierungsrat Gedanken macht, wie er die Anliegen der Initianten möglicherweise einbetten kann. Das heisst nicht, dass es nachher keine Volksabstimmung geben soll.

Hier Nein zu sagen zu einer Vereinbarung, welche Regierungsrat und Initianten getroffen haben, zeugt von mangelndem Demokratieverständnis.

Rolf Richterich (FDP) hat nicht erwartet, dass sich eine derart grundsätzliche Diskussion entwickelt. Es ist befremdend, wenn sich zwei Fraktionen für Schnellschüsse aussprechen. Lieber schnell anstatt richtig. Die FDP-Fraktion meint, lieber richtig anstatt schnell. Das bringt das Baselbiet viel weiter. Das ist eine nachhaltigere Politik, als nur über eine Initiative abzustimmen, damit sie innerhalb der Frist behandelt werden kann. Das ist unverständlich. Wahrscheinlich ist das diskutierte Vehikel SP und Grünen nicht genehm.

Hanspeter Weibel (SVP) ist überrascht, dass von Missbrauch gesprochen werde. Wenn man mit dem Initiativrecht nicht einverstanden ist, muss das andernorts eingebracht werden.

Es besteht eine Vereinbarung, welcher die Initianten zugestimmt haben. Es ist nicht einzusehen, weshalb ein zusätzlicher Aufwand betrieben werden soll, bevor eine Lösung vorliegt, dass die Initianten entweder ihre Initiative zurückziehen können oder das Volk die Wahl zwischen der Initiative und einem Gegenvorschlag wählen kann. Weshalb kann dieser Prozess nicht abgewartet werden?

Der Votant hat keine Probleme mit den Abläufen, welche sich eingespielt haben. Tatsächlich dauern gewisse Beratungen relativ lange, weshalb Hand geboten werden sollte für eine Verlängerung.

Pia Fankhauser (SP) weist darauf hin, dass die Frist bereits einmal verlängert wurde. Es müsste irgendwo festgehalten sein, wie viele Male das gemacht werden kann. Es liegt in der Kompetenz des Landrates zu entscheiden, ob man mit der Sistierung einverstanden ist. Es hat keinen Sinn über etwas abzustimmen, ohne zu überlegen, ob die Verlängerung sinnvoll ist. Als Mitglied der Personalkommission weiss die Sprecherin, dass ein Prozess läuft. Irgendwann muss man zur Feststellung kommen, dass es reicht. Der SP-Fraktion geht es darum. Ansonsten kann die Bearbeitungsfrist für jede Initiative unendlich verlängert werden. Es ist das Recht des Initiativkomitee zu sagen, ob sie das wollen oder nicht. Darum geht es gar nicht. Das Initiativkomitee hat zusammen mit dem Regierungsrat einen entsprechenden Antrag gestellt. Es ist das Recht des Landrates zu sagen, ob er damit einverstanden ist oder nicht.

Wenn der Landrat nicht zu einem Knopfnickergremium werden soll, gilt es zu überlegen, ob eine zweite Sis-

tierung ok ist. Wo hört es denn auf? Bei der dritten, vierten oder fünften? Die Votantin möchte wissen, wie viele Sistierungen – unabhängig vom Thema, Oskar Kämpfer – möglich sein sollen. Wann ist genug? Die SP-Fraktion schliesst sich dem Antrag der Grünen/EVP-Fraktion an, dass es nun genug sein soll.

Wenn es zu einer Volksabstimmung mit Gegenvorschlag und Initiative kommt, soll es so sein. Das ist das demokratische Recht. So ist der Ablauf.

Jürg Wiedemann (Grüne-Unabhängige) sagt, mit Initiativen würden oft Prozesse ausgelöst. Oft sind Initiativen grundsätzlicher Natur. Sie setzen etwas Entscheidendes in Bewegung. Oft ist es so, dass der Wille der Initianten extrem ist und deshalb ein Kompromiss gefunden werden muss.

Es ist verständlich, dass eine Initiative ein Druckmittel gegenüber Regierungsrat und Landrat darstellen soll. Eine Initiative will man oft nicht frühzeitig zurückziehen, damit sie als Druckmittel wirkt. Im demokratischen Prozess ist das absolut richtig. Dadurch entsteht der notwendige Druck, dass der Regierungsrat eine Lösung anstrebt, welche einen gut schweizerischen Kompromiss darstellt, mit welchem alle einverstanden sein können. Dann kann eine Initiative zurückgezogen werden.

Um diesen Prozess zu realisieren braucht es oft länger als die 18 Monate, welche zur Verfügung stehen. Deshalb ist es grundsätzlich richtig, wenn der Regierungsrat das Gespräch mit den Initianten sucht und dabei signalisiert, dass die Zeit zur Ausarbeitung eines Kompromisses zu knapp ist. Grundsätzlich ist das System absolut richtig. Damit hat der Votant nichts darüber gesagt, ob er für oder gegen die Initiative ist. Man kann sich aber vorstellen, dass er als Grüner-Unabhängiger gegen die Initiative ist. Trotzdem ist der Prozess richtig und ein probables Mittel der Demokratie.

Oskar Kämpfer (SVP) kann dank Landrat Jürg Wiedemann sein Votum kurzhalten. An Pia Fankhauser: Das ist das falsche Thema, um Oppositionspolitik zu betreiben.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Keine Wortmeldungen.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung*

://: Der Landrat stimmt dem Landratsbeschluss betreffend Unterbrechung der Bearbeitungsfrist für die formulierte Gesetzesinitiative «für einen effizienten und flexiblen Staatsapparat» mit 49:26 Stimmen einer Enthaltung zu.

[Namenliste einsehbar im Internet; 10:30]

Landratsbeschluss
Formulierte Gesetzesinitiative «Für einen effizienten und flexiblen Staatsapparat»

vom 30. Juni 2016

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Die Behandlungsfrist für die formulierte Gesetzesinitiative «Für einen effizienten und flexiblen Staatsapparat» wird gemäss § 78a Absatz 3 Gesetz über die politischen Rechte bis zum 30. Juni 2017 verlängert.
2. Dem Initiativkomitee wird eine Kopie dieses Beschlusses zugestellt.

Für das Protokoll:
 Peter Zingg, Landeskanzlei

*

Nr. 782

14 [2016/186](#)
Bericht des Regierungsrates vom 7. Juni 2016: Formulierte Verfassungsinitiative «für eine vernünftige staatliche Personalpolitik»; Unterbrechung der Behandlungsfrist

– Eintreten

://: Eintreten ist unbestritten.

– Detailberatung Landratsbeschluss

Keine Wortmeldungen.

– Rückkommen

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– Schlussabstimmung

://: Der Landrat stimmt dem Landratsbeschluss betreffend die Unterbrechung der Behandlungsfrist für die formulierte Verfassungsinitiative «für eine vernünftige staatliche Personalpolitik» mit 48:27 Stimmen zu.
 [Namenliste einsehbar im Internet; 10:32]

Landratsbeschluss
Formulierte Verfassungsinitiative «Für eine vernünftige staatliche Personalpolitik»

vom 30. Juni 2016

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Die Behandlungsfrist für die formulierte Verfassungsinitiative «Für eine vernünftige staatliche Personalpolitik» wird gemäss § 78a Absatz 3 Gesetz über die politischen Rechte bis zum 30. Juni 2017 verlängert.
2. Dem Initiativkomitee wird eine Kopie dieses Beschlusses zugestellt.

Für das Protokoll:
 Peter Zingg, Landeskanzlei

*

Nr. 783

15 [2016/040](#)
Berichte des Regierungsrates vom 15. März 2016 und der Finanz- sowie der Geschäftsprüfungskommission vom 3. Juni 2016: Jahresbericht 2015

Kommissionspräsident **Roman Klauser** (SVP) verweist auf den Bericht der Finanzkommission. Die Kommission hat ihren Beschluss einstimmig gefasst.

Es konnte festgestellt werden, dass das Ergebnis um CHF 9 Mio. besser bzw. weniger schlecht ist als budgetiert. Im Vergleich zum Budget gab es gewisse gewichtige Veränderungen. So waren die Einnahmen doppelt so hoch wie budgetiert. Es gab Wertberechtigungen, Erbschafts- und Schenkungssteuern, woraus sich das Resultat ergibt.

Die Subkommissionen der Finanzkommission haben Bericht erstattet und die jeweiligen Berichtsteile kommentiert. Das Sparpaket wird umgesetzt, wie festgestellt werden kann, was nicht immer ganz einfach ist.

Der Kommissionspräsident bedankt sich im Namen der Kommission für die gute Zusammenarbeit mit Regierungsrat Anton Lauber und seinen Mitarbeitenden. Es wird daran gearbeitet, dass das Resultat zukünftig wieder besser ist.

Die Finanzkommission beantragt mit 10:0 Stimmen, den Jahresbericht 2015 zu genehmigen.

Kommissionspräsident **Hanspeter Weibel** (SVP) stellt fest, es handle sich für die GPK um eine sehr intensive Pflichtübung. Die GPK setzt sich detailliert mit dem Jahresbericht des Regierungsrates auseinander. Die Subkommissionen führen jeweils ein Gespräch mit den Direktionen.

Es gäbe viel dazu zu sagen. Der Präsident wird nur auf die wichtigsten Punkte im Bericht aufmerksam machen. Für einen verregneten Tag in den Sommerferien wird die Lektüre des Berichts empfohlen.

Viele Mitarbeitende der Verwaltung arbeiten ernsthaft und intensiv an den verschiedenen Problemstellungen. Es ist allerdings nicht die Aufgabe der GPK alle zu loben und zu erwähnen. Es ist ähnlich wie bei der Polizei: Man wird nicht belohnt, wenn man die Geschwindigkeit einhält, sondern man bekommt eine Busse, wenn man es nicht getan hat. So muss auch die Arbeit der GPK betrachtet werden.

Der Dank gilt allen Mitarbeitenden, welche in der Verwaltung arbeiten.

Zur ersten Rüge an den Regierungsrat: Die GPK ist es gewohnt, gewisse Dinge immer wiederholen zu müssen. Es bleibt die Hoffnung, dass die regelmässige Wiederholung irgendwann einmal zu einem Resultat führen. In den Berichten zu den Jahresberichten 2012, 2013 und 2014 hat die GPK angemerkt, dass im Jahresbericht künftig auf bestehende separate Jahresberichte von Dienststellen hingewiesen werden soll. Dieses Anliegen ist bis heute nicht erfüllt. Es kann festgestellt werden, dass über wichtige Dienststellen im Jahresbericht nichts oder nur wenig steht. Auf Nachfrage wird auf den separaten Jah-

resbericht verwiesen.

Bei der FKD wurde zur Kenntnis genommen, dass das Berichtsjahr 2015 im Zeichen der Wiederherstellung des Ausgleichs der Staatsfinanzen stand. Die Bemühungen sind intensiv, die Ergebnisse bescheiden. Positiv anzumerken ist, dass das Entlastungspaket 12/15 planmässig per Ende Jahr abgeschlossen werden konnte. Ein Schlussbericht wird im ersten Quartal 2016 erstellt.

Im Zusammenhang mit dem Generalsekretariat der FKD und der Etablierung der Zentralen Informatik als eigene Dienststelle weist der Kommissionspräsident darauf hin, dass die GPK an ihrer letzten Sitzung die neue Subko Informatik konstituiert hat. Eine erste Sitzung fand bereits statt. Abklärungsaufträge wurden erteilt. Die GPK wird sich dem Thema Informatik damit intensiver annehmen.

Zum kantonalen Sozialamt hält die GPK im Bericht folgendes fest:

«Da das KSA die Hälfte der Kosten für ein verfügbares Programm übernimmt, empfiehlt die Subko dem KSA, die Anbieter periodisch selber zu überprüfen und sich nicht nur auf den allfälligen ausgefüllten Fragebogen der Sozialdienste/Behörden zu verlassen.»

Die VGD wird im Bericht darauf hingewiesen, dass die GPK gerne von allen Direktionen ein zusammenfassendes, einheitliches Reporting über die Zielerreichung hätte. An dieser Stelle gilt es die Sicherheitsdirektion speziell zu erwähnen. Die SID hat ein ausgezeichnetes Ampelsystem. Dahinter steckt folgendes: Der Regierungsrat setzt sich jeweils Ziele für ein Jahr. Im Jahresbericht kann meist nur gelesen werden, welche Ziele erreicht wurden. Über die nicht erledigten Punkte bzw. die Ziele, welche nicht erreicht wurden, schweigt sich der Jahresbericht aus. Da hat der Bericht der Sicherheitsdirektion, welcher allen anderen Direktionen als Vorbild weitergereicht wurde, den Vorteil, dass alle Zielsetzungen aufgeführt und selbstkritisch beurteilt werden.

Die GPK beantragt dem Landrat, den Jahresbericht 2015 zu genehmigen und die unter Kapitel 8 aufgeführten Empfehlungen gutzuheissen.

Landratspräsident **Franz Meyer** (CVP) begrüsst Alt-Regierungsrat Erich Straumann auf der Zuschauertribüne.

– Eintretensdebatte

Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) äussert sich zum Teil Staatsrechnung 2015. Der Jahresbericht 2015 kann genehmigt werden oder nicht. Daran ändern lässt sich nichts mehr.

Es fällt auf, dass dank einmaligen Effekten und Sondereffekten (Nationalbank, Neubewertung von Liegenschaften, ausserordentliche Erträge aus Erbschaftssteuern) das Defizit mit CHF 26 Mio. leicht besser ausfällt als budgetiert (CHF -35 Mio.). Das sagt nicht viel über den Zustand der Baselbieter Kantonsfinanzen aus. Es täuscht auch nicht über die tatsächliche Situation hinweg.

Ein Strich durch die Rechnung gemacht hat dem Kanton Basel-Landschaft der Minderertrag bei den Vermögens- und Gewinnsteuern von CHF 50 Mio. gegenüber der Budgetierung. Auch die Unterdeckung der BLPK hat mit zusätzlichen CHF 41.3 Mio. die Rechnung belastet. Sie mussten aus den Arbeitgeberbeitragsreserven eingeschossen werden. Der damit verbundene Schuldenanstieg sowie die Aussichten für die kommenden Jahren bereiten Sorgen. Die vorgesehenen 20 Jahre à CHF 40 Mio. zur Schuldentilgung werden voraussichtlich nicht ausreichen. Die festgelegte Rendite wird man über längere

Zeit nicht erreichen können. Man wird nicht darum kommen, die Leistungen zu kürzen bzw. den Umwandlungssatz nach unten zu korrigieren – und zwar so schnell wie möglich. Ansonsten wird man mit der Schuldentilgung an Ort treten. Gewisse Massnahmen sind bereits eingeleitet. Der Regierungsrat muss dringend handeln, ansonsten wird der Finanzplan zur Makulatur.

Erfreulich ist, dass sich das Eigenkapital verbessert hat und der Selbstfinanzierungsgrad mit 33 % etwas besser aussieht. Auch das ist nur eine Momentaufnahme und darf nicht dazu verleiten, die Lage nicht als ernst einzuschätzen. Die Gewinne durch die Umwidmung von Liegenschaften vom Verwaltungs- in das Finanzvermögen werden nicht immer erzielt werden können. Und auch die Nationalbank wird nicht immer Gewinne ausschütten. Zum Glück gibt es ein paar Millionen mehr aus dem Finanzausgleich.

Ob die 132 Massnahmen der Finanzstrategie umgesetzt werden können, ist schwierig vorzusagen. Eigentlich wäre die Umsetzung bitter notwendig. Der Votant ist schon seit Jahren nur beschränkt optimistisch.

Es ist kein Geheimnis, dass die SVP-Fraktion der Meinung ist, dass es ein Fehler war, den Uni-Vertrag nicht zu kündigen. Man hätte am Sparziel von jährlich CHF 30 Mio. unbedingt festhalten müssen. Eigentlich wäre sogar noch mehr drin gelegen. Störend ist, dass das Druckmittel bei den Neuverhandlungen fehlt, was heute schon sichtbar wird. Bei der Kompensation für die Ergänzungsleistungen stehen weitere CHF 30 Mio. als Forderung von den Gemeinden im Raum. Eine Gemeinde nach der anderen schliesst sich der Initiative an. Die Gemeinden werden einen Volksentscheid erzwingen.

Die Kostentreiber Bildung, Gesundheit und Alter sind nicht in den Griff zu bekommen. Auch der Investitionsstau wird sich immer stärker bemerkbar machen.

Trotz der düsteren Aussichten wird die SVP-Fraktion dem Jahresbericht 2015 zustimmen. Etwas anderes bleibt – wie eingangs erwähnt – nicht übrig. Man darf froh sein, dass die Rechnung ausfällt wie sie ausfällt – und nicht noch schlechter.

An dieser Stelle sei explizit allen Mitarbeitenden des Kantons der Dank der SVP-Fraktion ausgesprochen.

Mirjam Würth (SP) merkt an, das Resultat von CHF -46 Mio. sei nur dank Zufällen weniger schlimm als erwartet. Ohne diese Sondereffekte hätte die Rechnung mit einem Defizit von CHF 70 Mio. abgeschlossen. Für die einmaligen Zusatzeinnahmen sind die doppelte Ausschüttung des Nationalbankgewinns sowie zusätzlich angefallene Schenk- und Erbschaftssteuern verantwortlich. Selbstverständlich können solche Sondereffekte nicht budgetiert werden. Sie sind in der Rechnung auch korrekt und sauber dargestellt. Aber es bleibt ein grosses Defizit. Es ist das siebte in einer Reihe. Auch bleibt, dass das Gesundheitswesen weiterhin ein unberechenbarer, im zweistelligen Millionenbereich spielender Kostentreiber bleibt. Im Gesundheitswesen werden griffige Vorschläge zur Beruhigung der Situation vermisst.

Die SP-Fraktion fordert eine Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit. Es braucht dringend eine koordinierte Spitalplanung. Seitens des Regierungsrats erfordert dies endlich ein entschiedenes Handeln, ansonsten steht der Kanton Basel-Landschaft im Herbst – und das ist nicht mehr weit – vor einem Scherbenhaufen.

Zur allgemeinen Stabilisierung der Finanzlage erwartet die SP-Fraktion vom Regierungsrat Massnahmen –

und zwar ausgaben- und einnahmenseitig. Einnahmenseitig wäre bspw. die Mehrwertabgabe ein Thema. Endlich gibt es eine Vernehmlassungsvorlage. Lange ist das Geschäft vor sich her gedümpelt. Was nun in die Vernehmlassung gegeben worden ist, ist ein Minimum davon, was möglich gewesen wäre. Bei Auszonungen wird nicht das abgeschöpft, was eigentlich hätte erwartet werden können. Der Kanton benimmt sich, als ob es überhaupt gar nicht nötig wäre, dort Einnahmen zu generieren.

Die Verbesserung des Jahresabschlusses ist auch deshalb zustande gekommen, weil zum x-ten Mal Tafel Silber bzw. stille Reserven, nämlich Grund und Boden, in Wert gesetzt worden sind. Auch das Macht der Kanton schon seit vielen Jahren. Bald wird das Ende der Fahnenstange erreicht sein. Das ist nicht nur störend, sondern tatsächlich auch gefährlich. Kurzfristig mag das lukrativ sein, langfristig koppelt sich der Kanton Basel-Landschaft damit von marktwirtschaftlichen Entwicklungen ab. Es vergibt sich Einflussmöglichkeiten, die er hätte, wenn er sagen könnte, wie Flächen genutzt werden sollen. Die SP ist der Meinung, dass Boden und Liegenschaften grundsätzlich im Besitz des Kantons bleiben und nur im Bau-recht vergeben werden sollen.

In den letzten Jahren wurde die Kernverwaltung deutlich zurückgefahren. CHF 52 Mio. konnten damit dauerhaft eingespart werden. Das ist Ausdruck einer riesigen Kostensensitivität. Die Verwaltung hat das geschafft. Man muss aufpassen, dass die kurzfristigen Entlastungen nicht zu langfristigen Mehrkosten führen. Zwar kann mit gewissen Massnahmen schnell ein Erfolg erzielt werden. Man muss aber sehr vorsichtig sein, dass sich langfristig nicht ein Umkehrereffekt einstellt. Bei solchen Entwicklungen ist es wichtig zu prüfen, ob etwas Nachhaltiges gemacht wurde. Auch bei den Investitionen muss aufgepasst werden, dass diese nicht zu lange auf die lange Bank geschoben werden. Am Beispiel der Baselstrasse in Allschwil kann gezeigt werden, dass es schnell sehr teuer wird, wenn eine Sanierung nicht zeitgerecht gemacht wird.

Ein Wort zur regierungsrätlichen Wirtschaftsoffensive: Sie kommt immer noch nicht vom Fleck. Die Kosten fallen weiterhin an. Die Einnahmen liegen deutlich unter den Erwartungen – CHF 50 Mio. weniger als budgetiert.

Trotz allem kann man sagen, dass die Verwaltung in einer schwierigen Zeit, trotz Lohnkürzungen und grosser Mehrbelastungen einen sehr guten Dienst für die Allgemeinheit leistet. Die SP-Fraktion möchte sich dafür bei der Verwaltung bedanken.

Mit diesen Bemerkungen tritt die SP-Fraktion auf den Jahresbericht, die Erfolgsrechnung, die Investitionsrechnung usw. ein und genehmigt sie.

Michael Herrmann (FDP) möchte an dieser Stelle ein Dankeschön an den Regierungsrat und im Speziellen an den Finanzdirektor aussprechen. Es wird versucht den Kanton wieder fit zu bekommen in Bezug auf die Finanzen. Auch die Verwaltung unternimmt grosse Bemühungen, damit die Finanzen wieder ins Lot kommen.

Auch wenn die FDP-Fraktion nicht immer einverstanden ist oder sie weitere Forderungen stellt, so dient dies immer dem Ziel und der Sache, dass der Kanton wieder handlungsfähig gemacht wird, dass er wieder mehr Handlungsspielraum hat. Der Kanton soll sich wieder Dinge leisten können, die es wirklich braucht. Der Kanton soll wieder florieren und Investitionen tätigen können, die ihn weiterbringen. In diesem Sinne müssen die Kritik und die Forderungen der FDP betrachtet werden. Die

FDP-Fraktion ist froh, dass der Regierungsrat die Zeichen der Zeit erkannt hat und mit der FDP mitkämpft, die Finanzen wieder ins Lot zu bringen.

Es sind vor allem Sondereffekten, welche zu einem besseren Ergebnis geführt haben. Gleichzeitig muss festgestellt werden, dass das Eigenkapital, welches leicht gestärkt wurde, eigentlich gesunken ist. Nur weil die Pensionskassensanierung das Eigenkapital nicht belastet, ist der Kanton mit Trick 77 leicht zu Eigenkapital gekommen.

Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass sich der Kanton weiterhin mit den Finanzen beschäftigen muss. Es gibt keine schnellen Lösungen. Es muss weiterhin ein Auge auf die Ausgaben geworfen werden. Die Ausgaben müssen reduziert werden. Im Gegensatz zur Vorrednerin, welche eher mit Mehreinnahmen arbeiten will, sagt die FDP, dass die Aufgaben eher gewachsen sind. Entsprechend sieht man da noch Potential. Aus diesem Grund wurden einige Vorstösse eingereicht.

Die FDP-Fraktion macht sich auch Sorgen bezüglich der Pensionskasse. Die Vorzeichen sind nicht sehr gut. Bei der Betrachtung des Umfeldes sieht man die Gefahr, dass Jahr für Jahr ein Minus erwirtschaftet werden wird, wodurch es weitere Einschüsse in die Pensionskasse von Seiten des Staates brauchen wird. Unter Traktandum 21 wird die Pensionskasse ein Thema sein. Entsprechende Vorstösse bezüglich Pensionskasse wurden von der FDP-Fraktion bereits eingereicht. Weitere Massnahmen müssen ergriffen werden.

Sparen an sich ist kein Programm. Die FDP-Fraktion will die Ausgaben reduzieren, damit der Kanton wieder mehr Handlungsspielraum hat. Es braucht wieder Luft für Investitionen, damit der Kanton gedeihen kann. Das ist der FDP-Fraktion am wichtigsten. Davon lässt sie sich leiten. Es geht nicht nur ums Sparen, sondern um mehr Handlungsspielraum.

Die FDP-Fraktion tritt ein und genehmigt den Jahresbericht 2015.

Für das Protokoll:

Peter Zingg, Landeskanzlei

*

Klaus Kirchmayr (Grüne) stellt fest, die Staatsrechnung 2015 schliesse mit einem kleineren Defizit ab, als anfänglich befürchtet werden musste. Die beinahe schon zur Gewohnheit gewordenen Sondereffekte auf der positiven Seite stehen negativen Sondereffekten gegenüber. Zum ersten Mal ist mit der Rechnung 2015 aber wieder ein leichter Silberstreif am Horizont zu erkennen. Der Kurs in der kantonalen Finanzpolitik scheint zu stimmen und offensichtlich wird im Regierungsteam selbst bezüglich Finanzen besser zusammengearbeitet als bisher in Klaus Kirchmayrs Amtszeit.

Das erste Jahr im Rahmen der neuen Finanzstrategie ist somit abgeschlossen und viele Ziele wurden erreicht. Umgesetzt wurden aber vorerst die einfacheren Sparziele, die schwierig zu erreichenden Sparmassnahmen, beispielsweise die Reduktion der Personalkosten, stehen noch bevor. Damit sich der oben erwähnte Silberstreif am Horizont zu einem blauen Himmel entwickeln kann, ist also noch einiges an Arbeit zu leisten.

Die grössten Herausforderungen sind nach wie vor im Bereich der Gesundheitskosten auszumachen. Bis anhin konnte kein Rezept gegen das Kostenwachstum in diesem Bereich gefunden werden. Die Politik darf nicht nach-

lassen, im Gesundheitsbereich sinnvolle Sparmassnahmen zu suchen und umzusetzen. Die Strukturen sind hochgradig fragmentiert und heute wird gemäss Klaus Kirchmayr zu wenig fokussiert gearbeitet. Das "Gärtli-Denkmal" ist und bleibt weitest verbreitet.

Weitere Herausforderungen sind die Unternehmenssteuerreform III mit einem erwarteten Ertragsausfall von 40 Mio. Franken sowie das problematische Verhältnis zwischen dem Kanton und den Gemeinden. Ausserdem werden zurzeit unsere Finanzsysteme modernisiert.

Die Fraktion der Grünen und der EVP wird die vorliegende Rechnung genehmigen und sich weiterhin vor allem in den Bereichen Gesundheit und Modernisierung der Finanzinstrumente einbringen. Die finanzielle Führung unseres Kantons sei auf besserem Wege als auch schon.

Simon Oberbeck (CVP) wird sich kurz halten und erklärt, die CVP/BDP-Fraktion genehmige die Jahresrechnung und danke der Regierung, insbesondere Finanzdirektor Anton Lauber, für die geleistete Arbeit, welche in die richtige Richtung gehe. Trotzdem stehen auch künftig grosse Herausforderungen bevor. Auch der Verwaltung wird für die enormen Sparbemühungen im vergangenen Jahr gedankt.

Daniel Altermatt (glp) informiert, die Würdigung der Jahresrechnung durch seine Fraktion falle ein Stück weit summarisch aus, da diese in der Finanzkommission nicht vertreten sei. Die vorliegende Rechnung sei zwar nach den heutigen Regeln der Kunst richtig erstellt worden, was nicht bedeute, dass sie die Finanzlage des Kantons auch effektiv abbilde. Unser Abrechnungssystem erlaubt eine gewisse Kreativität, welche genutzt wird.

Wenn aus einem ausserordentlichen Mehrertrag von über 100 Mio. Franken nicht einmal eine schwarze Null resultiert, stimmt dies bedenklich. Ganz offensichtlich besteht in unserem Kanton ein strukturelles Defizit und die Zukunft präsentiert sich nicht besser. Daniel Altermatt verweist in diesem Zusammenhang auf die laufende Unterdeckung der Pensionskasse, welche uns noch auf Jahre verfolgen wird, oder auf den Disput zwischen Gemeinden und Kanton betreffend Übernahme der Gemeindelehrpersonen. Weitere offene Baustellen bestehen im Gesundheitswesen, im Strassenbau oder im Bereich Steuergeschenke. Die Fraktion der glp sowie der Grünen Unabhängigen nimmt die vorliegende Rechnung und den Jahresbericht zur Kenntnis, da eine Ablehnung nichts bringe. Trotzdem fehlt die Lust, dieser Rechnung zuzustimmen.

Pia Fankhauser (SP) äussert sich an dieser Stelle als Mitglied der GPK und informiert, die fünf GPK-Subkommissionen würden sich jeweils mit einer Direktion beschäftigen. Der vorliegende Bericht stellt nur einen Auszug der Fragen dar, welche an die Direktionen gerichtet wurden. Es lohne sich auf jeden Fall, den Bericht 2016/040 genauer zu studieren, da darin viele Aussagen zu den aktuellen Problemen in unserem Kanton zu finden sind. So möchte die SP-Fraktion beispielsweise erreichen, dass ein vermehrtes Augenmerk auf den Bereich "Wohnen" gelegt wird. Beobachtet werden muss zudem, ob das Personal unter dem momentanen Spardiktat die geforderten Leistungen noch erbringen kann, insbesondere in den medizinischen Diensten. Mit diesen Themen muss sich der Landrat auseinandersetzen und frühzeitig auf allfällige falsche Entwicklungen aufmerksam werden sowie Gegen-

steuer geben. Über die Frage, in welchen Bereichen in unserem Kanton künftig in erster Linie investiert werden soll, gehen die Meinungen wohl auseinander.

Pia Fankhauser schliesst sich ihrer Vorrednerin der SP-Fraktion an, dass die Jahresrechnung zur Kenntnis genommen werde. Gleichzeitig ist es ihr wichtig, dass nicht allein die finanziellen Aspekte, sondern auch die übrigen von der GPK aufgezeigten Problem- und Entwicklungsfelder beachtet werden.

Andrea Kaufmann (FDP) betont, die FDP-Fraktion danke der GPK für die Prüfung der Amtsberichte und werde diese entsprechend genehmigen.

Regierungspräsident **Anton Lauber** (CVP) dankt für die grundsätzlich positive Aufnahme der Staatsrechnung 2015. Trotz bestehender Probleme gebe es durchaus Gründe, zuversichtlicher in die Zukunft zu blicken als auch schon. Er dankt sowohl der Finanz- als auch der Geschäftsprüfungskommission und dem Landrat für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Glücklicherweise haben im Berichtsjahr die positiven Sondereffekte die negativen übertrumpft, diesbezüglich habe man stets offen kommuniziert und diese deklariert. Der betriebliche Aufwand konnte um 52 Mio. Franken reduziert werden, ein wichtiger Aspekt im Hinblick auf eine Konsolidierung des Finanzhaushalts. Trotzdem befinden wir uns in einem schwierigen Umfeld. Der Gesamtertrag ging um rund 41 Mio. Franken zurück, insbesondere aufgrund des Rückgangs um rund 40 Mio. Franken bei der Gewinnsteuer. Diese Entwicklung bereitet den Verantwortlichen Sorge, ebenso die Auswirkungen des Brexit, welche noch nicht absehbar sind.

Die Gewinnsteuer hängt davon ab, wie erfolgreich ein Unternehmen wirtschaftet. Das wirtschaftliche Umfeld ist momentan angespannt und wird auch noch eine Weile so bleiben. Dazu kommt die Unternehmenssteuerreform III, welche zu enormen Mindereinnahmen für die Kantone und die Gemeinden führen wird.

2015 entwickelte sich die Rendite der Pensionskasse nicht sonderlich positiv. Im Jahr 2014 betrug diese über 7 %, 2015 nur 1 %. Im Vergleich mit den Pensionskassen anderer Kantone liegt Basel-Landschaft jedoch im Mittelfeld. Es entstand ein Fehlbetrag von 41 Mio. Franken zu Lasten des Kantons. Es gilt daher, den Zins- und Umwandlungssatz zu diskutieren und es ist zu befürchten, dass der Landrat sich schon bald wieder über die Finanzierungssseite unterhalten muss.

Im Kanton wird nach wie vor intensiv daran gearbeitet, die 132 vorgeschlagenen Sparmassnahmen umzusetzen, auch wenn diese allenfalls nicht alle den Realitätscheck überstehen werden. Trotzdem ist der Regierungsrat entschlossen, an dieser Thematik weiterzuarbeiten. Auch werden zusätzlich die Finanzinstrumente überarbeitet, ein neuer Aufgaben- und Finanzplan geschaffen und die vom Landrat definierte Finanzstrategie umgesetzt. Erarbeitet wird zudem ein Staatsbeitragsgesetz, um den Transferaufwand besser steuern zu können. Dadurch sollte sich der Handlungsspielraum für den Kanton mittelfristig verbessern.

Die 80 Mio. Franken, welche der Kanton Basel-Landschaft nach der Abstimmung zur Uni-Pensionskasse in den nächsten vier Jahren zur Entlastung erhält, dürfen nicht vernachlässigt werden, denn sie stellen einen wichtigen Beitrag zur Eindämmung des Kostenwachstums bei der Bildung dar.

Die Kosten im Gesundheitswesen sind grundsätzlich KVG-/KVV-gesteuert, also vom Bund. Über die Regionalisierung im Gesundheitswesen über die Kantonsgrenzen hinaus wird der Landrat im September/Oktober 2016 diskutieren können. Grundsätzlich ist die Regierung sehr aktiv, insbesondere in den kostentreibenden Bereichen.

– *Eintreten*

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beratung*

Landratspräsident **Franz Meyer** (CVP) schlägt vor, auf eine kapitelweise Detailberatung zu verzichten.

://: Damit erklärt sich der Landrat stillschweigend einverstanden.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Titel und Ingress *keine Wortbegehren*

Ziffern 1 bis 4 *keine Wortbegehren*

– *Rückkommen*

Rückkommen wird nicht verlangt.

– *Schlussabstimmung*

://: Der Landrat stimmt dem Landratsbeschluss zum Jahresbericht 2015 mit 78:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu.

[Namenliste einsehbar im Internet; 11.17]

Landratsbeschluss betreffend Jahresbericht 2015

vom 30. Juni 2016

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Der Jahresbericht 2015, bestehend aus der Erfolgsrechnung, der Investitionsrechnung, der Bilanz, dem Amtsbericht sowie den Rechnungen der Fonds und Stiftungen, wird genehmigt.
2. Vom Bericht der Finanzkontrolle zum Jahresbericht 2015 wird Kenntnis genommen.
3. Die Beteiligung an der BAK Basel Economics AG wird per 31. Dezember 2015 aus dem Verwaltungsvermögen in das Finanzvermögen zwecks Veräusserung umgewidmet.
4. Die im Bericht der Geschäftsprüfungskommission unter Kapitel 8 aufgeführten Empfehlungen zuhanden des Regierungsrates werden gutgeheissen.

Für das Protokoll:

Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Begründung der persönlichen Vorstösse

Nr. 784

[2016/220](#)

Motion von Miriam Locher vom 30. Juni 2016: Gesetzliche Grundlagen für SpringerInnen

Nr. 785

[2016/221](#)

Motion von Marie-Theres Beeler vom 30. Juni 2016: Recht auf Einbürgerung

Nr. 786

[2016/222](#)

Postulat von Elisabeth Augstburger vom 30. Juni 2016: Verlängerung der Oristal-Unterführung in Liestal

Nr. 787

[2016/223](#)

Postulat von Christoph Hänggi vom 30. Juni 2016: Bildungsrat oder Marschhalt-Gruppe?

Nr. 788

[2016/224](#)

Postulat von Paul Hofer vom 30. Juni 2016: Qualität steigern ohne Kosten-Nachteile

Nr. 789

[2016/225](#)

Postulat von Roman Brunner vom 30. Juni 2016: Unterschiedliche Unterrichtsverpflichtung der Lehrpersonen an den Gymnasien und an der Berufsmittelschule Vollzeit und Wirtschaftsmittelschule

Nr. 790

[2016/226](#)

Interpellation von Florence Brenzikofer vom 30. Juni 2016: Umstellung der S9 (Läufelfingerli) auf einen Busbetrieb

Nr. 791

[2016/227](#)

Interpellation von Kathrin Schweizer vom 30. Juni 2016: Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III für Kanton und Gemeinden

Nr. 792

[2016/228](#)

Interpellation von Kathrin Schweizer vom 30. Juni 2016: Hochwasserschutz

Nr. 793

[2016/229](#)

Parlamentarische Initiative von SVP-Fraktion vom 30. Juni 2016: Beitragszahlungen BLPK 50:50 AG-AN

Nr. 794

[2016/230](#)

Parlamentarische Initiative der SVP-Fraktion vom 30. Juni 2016: Wählbarkeit von Mitgliedern des Landrats

Nr. 795

[2016/231](#)

Parlamentarische Initiative der SP-Fraktion vom 30. Juni 2016: Unvereinbarkeit von Leistungsauftrags-/Subventionsempfängern mit einem Landratsmandat

Nr. 796

Zu allen Vorstössen keine Wortbegehren.

Für das Protokoll:

Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 797

10 Wahl eines Mitgliedes der Aufsichtskommission des Massnahmenzentrums für junge Erwachsene Arxhof für den Rest der Amtsperiode bis 31. März 2018

://: Auf Vorschlag der FDP-Fraktion wird Markus Prazeller in stiller Wahl als Mitglied der Aufsichtskommission des Massnahmenzentrums für junge Erwachsene Arxhof gewählt.

Für das Protokoll:

Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 798

[16 2016/126](#)

Berichte des Regierungsrates vom 3. Mai 2016 und der Finanzkommission vom 3. Juni 2016: Nachtragskreditbegehren zum Budget 2016

Kommissionspräsident **Roman Klausner** (SVP) informiert, es handle sich hier ausnahmsweise um ein sehr einfaches Geschäft, da keine Nachtragskreditbegehren zum Budget 2016 vorliegen. Davon, sowie von den Ausführungen zur laufenden Entwicklung des Haushaltes, nahm die Finanzkommission Kenntnis.

– *Eintreten*

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Der Landrat folgt dem Antrag der Finanzkommission und nimmt den Kommentar zur laufenden Entwicklung des Haushaltes stillschweigend zur Kenntnis.

Für das Protokoll:

Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 799

17 [2016/041](#)

Berichte des Regierungsrates vom 15. März 2016 und der Geschäftsprüfungskommission vom 9. Juni 2016: Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind

Kommissionspräsident **Hanspeter Weibel** (SVP) stellt fest, dieses wiederkehrende Geschäft werde in der GPK jeweils mit grossem Aufwand beraten. Die Subkommissionen prüfen die einzelnen Aufträge im Hinblick auf die Regierungsanträge, nicht jedoch, ob sie inhaltlich erfüllt sind. Im Kommissionsbericht unter 2.2.2 beantragt die GPK, die Motion 2011/131 der FDP-Fraktion nicht abzuschreiben. Bei einzelnen Vorstössen schrieb die Regierung in ihrer Vorlage, sie wolle die entsprechenden Berichte noch im 2. Quartal 2016 vorlegen. Diese Fristen konnten teilweise nicht eingehalten werden und die GPK hält in ihrem Bericht nun fest, bis wann die entsprechende Vorlage erwartet werde.

Die GPK beantragt dem Landrat, die unter Ziffern 2 und 3 des Kommissionsberichts genannten und zur Abschreibung empfohlenen Vorstösse abzuschreiben und von den Berichten zu den in Ziffer 3 aufgeführten Aufträge Kenntnis zu nehmen sowie die Frist zu deren Erfüllung um ein Jahr zu verlängern.

Schliesslich verweist Hanspeter Weibel auf Ziffer 3 des Kommissionsantrags, wonach die Landeskanzlei zu beauftragen sei, bis 2016 eine effiziente digitale Projekttafel (Geschäftskontrolle) einzuführen.

– *Eintretensdebatte*

Peter Riebli (SVP) informiert, die SVP-Fraktion habe die Anträge der GPK intensiv studiert und diskutiert und werde diesen folgen. Mit dem Inhalt der einzelnen Vorstösse habe sich die GPK, wie vom Kommissionspräsidenten bereits mitgeteilt, nicht befasst. Sie habe nur abgeklärt, ob die Formalitäten zur weiteren Verlängerung der Behandlungsfristen oder zur Abschreibung erfüllt seien. In der Einführung einer elektronischen Geschäftsführungstafel sähe die SVP eine grosse Vereinfachung sowohl für die Verwaltung als auch den Landrat. Das Rad müsse diesbezüglich nicht neu erfunden werden, da beinahe alle übrigen Kantone ein solches Hilfsmittel bereits kennen. Solche bewährten Systeme könnten von uns übernommen werden.

Pia Fankhauser (SP) stellt fest, bei der GPK handle es sich trotz allem um ein politisches Gremium mit ähnlichen Mehrheitsverhältnissen wie im Gesammlandrat. Aus diesem Grund gehen die Meinungen innerhalb der GPK, ob gewisse Aufträge erfüllt seien, auseinander. Mit den Anträgen der GPK betreffend zur Abschreibung vorgeschlagene Vorstösse können sich nicht alle SP-Mitglieder einverstanden erklären, sie werden daher in der Detailberatung entsprechende Anträge stellen.

Jürg Vogt (FDP) dankt der GPK im Namen der FDP-Fraktion für die Bearbeitung der aktuellen Vorlage und erklärt, seine Fraktion könne die Anträge grossmehrheitlich unterstützen.

Lotti Stokar (Grüne) betont, der grünen Fraktion sei ein effizienter Landratsbetrieb wichtig. Trotzdem werde man bei einzelnen Anträgen einen Gegenantrag stellen.

://: Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

– *Detailberatung*

Kapitel 2 des Kommissionsberichts: Abzuschreibende Aufträge

Kapitel 2.1. Finanz- und Kirchendirektion
keine Wortbegehren

Kapitel 2.2. Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion
keine Wortbegehren

Kapitel 2.3. Bau- und Umweltschutzdirektion

Sara Fritz (EVP) äussert sich zum Postulat 2010/242 der CVP/EVP-Fraktion (Behinderten- und betagtegerechter ÖV). Dieses Postulat soll ihrer Meinung nach nicht abgeschrieben werden, insbesondere wegen dem folgenden Passus aus der Regierungsantwort:

«Aufgrund der Posteriorisierung im Investitionsprogramm konnte die LRV für die Anpassung der ÖV-Infrastruktur an das BehiG 2015 nicht vorgelegt werden. Diese wird dem Landrat unterbreitet, sobald die finanziellen Mittel für die Umsetzung bereit stehen.»

Die Umsetzung des Anliegens wurde also ohne Anhaltspunkte, wann das Problem tatsächlich angegangen werden soll, verschoben. Sara Fritz fände es wichtig zu wissen, wann die Regierung an die Umsetzung gehen wolle, denn laut BehiG müssen die geforderten Standards bis Ende 2023 umgesetzt sein. Kann heute garantiert werden, dass die Massnahmen bis 2023 finanziert und umgesetzt werden können?

Lotti Stokar (Grüne) wehrt sich gegen die Abschreibung der Motion 2009/229 (Stopp der Lichtverschmutzung) sowie gegen diejenige der Motion 2011/151 (Vermeidung von unnötigen Lichtemissionen, Strom sparen). In den letzten Jahrzehnten wurde die Lichtverschmutzung zu einem grossen Thema, obwohl Licht nicht grundsätzlich etwas Schlechtes sei. Lotti Stokar findet es nicht richtig, die genannten Vorstösse als erledigt abzuschreiben, da noch kein Bericht der Regierung vorliegt, welcher inhaltlich zum Thema Stellung nimmt.

Eine Arbeitsgruppe des Bundes befasst sich mit dem Thema Lichtverschmutzung und Nachforschungen haben ergeben, dass im Jahr 2017 eine Vollzugshilfe des Bundes an die Kantone vorliegen soll, welche Massnahmen zur Verminderung der Lichtverschmutzung aufzeigt. Da zu diesem Thema ein hohes öffentliches Interesse besteht, ist es wichtig, die beiden Vorstösse stehen zu lassen und im nächsten Jahr einen ausführlichen Bericht an den Landrat vorzulegen. Lotti Stokar beantragt das Stehen lassen der Vorstösse um ein weiteres Jahr.

Stefan Zemp (SP) meldet sich ebenfalls zu den Motionen 2009/229 und 2011/151 zu Wort. Die Abschreibungsbeurteilung der Regierung zu beiden Motionen bezeichnet

Stefan Zemp als unbefriedigend. Die Motion der Grünen wurde gleichlautend im Kanton Basel-Stadt eingereicht und dort legte die Regierung zum Thema Lichtverschmutzung einen fünfseitigen Bericht vor, welcher unter anderem auch die Absichten des Bundes aufzeigt. In Basel-Stadt war die Regierung der Ansicht, die Motion solle vorerst stehen bleiben. Im Gegensatz dazu wird in Basel-Landschaft mit nichtssagenden Argumenten beantragt, die Motionen abzuschreiben. Es sei klar belegt, dass erst im Frühjahr 2017 verlässliche Empfehlungen an die Kantone vorliegen werden und erst dann das Grundanliegen der Motionen erfüllt sein werde.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) bezieht sich auf die Frage von Sara Fritz zum Postulat 2010/242 und betont, man werde selbstverständlich versuchen, dem Anliegen gerecht zu werden. Garantien jedoch könne er keine geben.

An dieser Stelle äussert er sich der Vollständigkeit halber zum Vorstoss 2007/166 (Weiterentwicklung Tarifverbund Nordwestschweiz zu einem Verkehrsverbund). Mittlerweile wurde die Motion 2016/044 von Oskar Kämpfer zum Thema "Planung Verkehrsverbund" überwiesen, was bedeutet, dass die Begründung des Abschreibungsantrags heute anders lauten würde, als in der Vorlage. Am Antrag ändere sich dadurch jedoch nichts.

Sara Fritz (EVP) zeigt sich von der Antwort des Regierungsrates nicht befriedigt und beantragt, das Postulat 2010/242 stehen zu lassen. Der Auftrag müsse nun endlich umgesetzt werden und dürfte nicht im Investitionsprogramm nach hinten geschoben werden.

Hanspeter Weibel (SVP) verweist auf die Tatsache, dass der Vorstoss 2010/242 ein Postulat sei und folglich verlange, dass geprüft und berichtet werde. Gemäss regierungsrätlicher Antwort wurde das Begehren geprüft und mit den Vorlagen 2014/204 und 2015/305 beantwortet. In diesem Sinne sei das Postulat erfüllt.

://: Mit 42:31 Stimmen bei 1 Enthaltung lehnt der Landrat den Antrag ab, das Postulat 2010/242 stehen zu lassen.

[Namenliste einsehbar im Internet; 11.44]

://: Ebenfalls abgelehnt wird es, die beiden Motionen 2009/229 und 2011/151 stehen zu lassen, dies mit 41:34 Stimmen.

[Namenliste einsehbar im Internet; 11.45]

Kapitel 2.4. Sicherheitsdirektion *keine Wortbegehren*

Kapitel 2.5. Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

Regula Meschberger (SP) ist der Ansicht, das mit dem Postulat 2008/251 vorgebrachte Anliegen hätte schon längst umgesetzt werden sollen. Die Abschreibung des Postulats wird damit begründet, dass gemäss der Charta von Muttenz der Autonomie der Gemeinden Rechnung getragen werden soll. Dies ist grundsätzlich korrekt, jedoch wird angesichts der heutigen Situation betreffend Musikschulen vielerorts das Bildungsgesetz nicht mehr eingehalten.

Bei den Musikschulen handelt es sich um eine Schulart, zu welcher jedes Kind Zugang haben soll. Aus finanziellen Gründen jedoch ist dies nicht für alle Familien mög-

lich, denn nicht alle Musikschulen kennen ein Sozialrabattsystem. Gegen diese Situation sollte mittels Verordnungsänderung etwas unternommen werden. Diese Änderung wurde von einer Arbeitsgruppe bereits vorbereitet und liegt vor. Der Regierungsrat könnte die geforderte Änderung in eigener Kompetenz beschliessen. Bis dies geschehen ist, soll das vorliegende Postulat noch stehen bleiben.

Martin Rüegg (SP) spricht sich gegen die Abschreibung der Motion 2006/225 aus, welcher vor 10 Jahren von der parlamentarischen Gruppe Sport eingereicht wurde. Das Anliegen wurde vom Landrat an den Regierungsrat überwiesen und seither wurde ein Stehen lassen zweimal gestützt. Bis heute liegt zum Anliegen, dass Sport an den Gymnasien als Promotionsfach zählen soll, kein Bericht vor. Im Jahr 2014 wurde von der Regierung im Zusammenhang mit dem Beschluss, die Motion stehe zu lassen, verlangt, bis Ende 2014 endlich eine Vorlage zu unterbreiten. Würde der Vorstoss nun einfach abgeschrieben, nähme der Landrat seine eigenen Beschlüsse nicht mehr ernst.

Ähnlich wie Musik und Zeichnen soll auch Sport an den Gymnasien als Promotionsfach zählen. Dieses Fach ist bildungsrelevant und wichtig in Bezug auf Bereiche wie Gesundheit, Sozialisation, Integration und Konzentration. In anderen Kantonen sind die Erfahrungen mit Sport als Promotionsfach positiv. Die Qualität des Unterrichts im Sportbereich würde steigen.

Regina Werthmüller (parteilos) schliesst sich ihrem Vordner an. Der Landrat hat bereits zweimal verhindert, dass das Geschäft abgeschrieben wird. Ausserdem hat er der Regierung einen Extraauftrag erteilt, welcher bisher nicht erfüllt wurde. Den Antrag der Regierung zur vorliegenden Motion erachtet Regina Werthmüller als fragwürdig, da eine Motion einen verbindlichen Auftrag an den Regierungsrat darstelle.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) erklärt, die Schülerinnen und Schüler sollten weiterhin selbst entscheiden können, ob sie im Bereich Sport eine Matura ablegen wollen. Gerade aufgrund der vorliegenden Motion wurde zudem Sport als Promotionsfach auf dem Niveau P der Sekundarschule eingeführt. Aus den genannten Gründen soll die Motion 2006/225 daher abgeschrieben werden.

Zu Regula Meschbergers Anliegen betreffend Musikschulen hält Monica Gschwind klar fest, diese würden von den Gemeinden getragen und es soll daher eine gewisse Variabilität bezüglich Sozialtarif möglich sein. Die Regierungsrätin spricht sich dezidiert gegen Vorschriften für die Gemeinden bezüglich Sozialtarife aus.

://: Mit 41:35 Stimmen lehnt der Landrat den Antrag ab, das Postulat 2008/251 stehen zu lassen.
[Namenliste einsehbar im Internet; 11.52]

://: Dem Antrag, die Motion 2006/225 stehen zu lassen, stimmt der Landrat mit 43:31 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.
[Namenliste einsehbar im Internet; 11.53]

2.6. Landeskantlei / Kantonsgericht / Geschäftsleitung Landrat *keine Wortbegehren*

Kapitel 3 des Kommissionsberichts: Aufträge, die weiterhin bearbeitet werden

Kapitel 3.1. Finanz- und Kirchendirektion

Regula Meschberger (SP) verweist auf die Motion 2009/149, welche die Regierung weiterbearbeiten möchte, aber von der GPK zur Abschreibung beantragt wird. Sie erinnert daran, dass der Landrat diese Motion an den Regierungsrat überwiesen habe. Obwohl Familien gemäss Armutsbericht bereits in vielen Bereichen entlastet werden, würden Ergänzungsleistungen für Familien an der Armutsgrenze trotzdem Sinn machen. Da der Regierungsrat bereit sei, das Anliegen in Bearbeitung zu behalten, fände es Regula Meschberger falsch, die Motion nun abzuschreiben.

://: Mit 38:37 Stimmen bei 2 Enthaltungen spricht sich der Landrat gemäss Antrag der GPK dafür aus, die Motion 2009/149 abzuschreiben.

[Namenliste einsehbar im Internet; 11.55]

Kapitel 3.2. Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion *keine Wortbegehren*

Kapitel 3.3. Bau- und Umweltschutzdirektion *keine Wortbegehren*

Kapitel 3.4. Sicherheitsdirektion *keine Wortbegehren*

Kapitel 3.5. Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion *keine Wortbegehren*

Kapitel 3.6. Landeskantlei / Kantonsgericht / Geschäftsleitung Landrat *keine Wortbegehren*

– *Detailberatung Anträge der GPK*

Keine Wortbegehren.

– *Rückkommen*

Rückkommen wird nicht verlangt.

– *Schlussabstimmung*

://: Mit 59:10 Stimmen bei 9 Enthaltungen stimmt der Landrat dem modifizierten Landratsbeschluss zu.
[Namenliste einsehbar im Internet; 11.57]

Landratsbeschluss
Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind

vom 30. Juni 2016

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Die von der Geschäftsprüfungskommission unter Ziffer 2 und 3 zur Abschreibung empfohlenen Vorstösse werden – mit Ausnahme der Motion 2006/225 – abgeschrieben.
2. Von den Berichten zu den in Ziffer 3 aufgeführten Aufträgen wird Kenntnis genommen, und die Frist zu deren Erfüllung wird um ein Jahr verlängert.

3. Die Landeskanzlei wird beauftragt – unter Berücksichtigung von bereits realisierten Lösungen bei anderen Kantonen (oder beim Bund) –, bis September 2016 eine effiziente digitale Projekttafel (Geschäftskontrolle) einzuführen.

Damit sind folgende Vorstösse abgeschrieben:

2007/049, 2007/166, 2007/270, 2008/204, 2008/251, 2009/109, 2009/149, 2009/229, 2009/232, 2009/260, 2010/242, 2011/053, 2011/063, 2011/110, 2011/151.

Für folgende Vorstösse wird die Frist um ein Jahr verlängert:

2005/058, 2005/114, 2005/126, 2005/271, 2006/155, 2006/225, 2006/265, 2007/064, 2007/195, 2007/254, 2008/091, 2008/221, 2010/162, 2010/163, 2010/188, 2010/250, 2010/300, 2010/369, 2010/372, 2010/416, 2011/131, 2011/133, 2011/323, 2011/337, 2011/360, 2011/364, 2012/021, 2012/022, 2012/036, 2012/069, 2012/185, 2012/194, 2012/244, 2012/259, 2012/322, 2012/353, 2012/385, 2012/391, 2012/393, 2013/006, 2013/010, 2013/032, 2013/049, 2013/052, 2013/133, 2013/155, 2013/164, 2013/186, 2013/237, 2013/238, 2013/243, 2013/247, 2013/311, 2013/313, 2013/339, 2013/359, 2013/360, 2013/361, 2013/365, 2013/367, 2013/369, 2013/424, 2013/426, 2013/431, 2013/433, 2013/452.

Für folgende Vorstösse wird die Frist wie folgt verlängert: 2013/158: bis 30. Juni 2016

2009/377, 2013/428: bis 30. September 2016

2008/235, 2010/070, 2010/368, 2012/115, 2012/193, 2012/254, 2012/366: bis 31. Dezember 2016

Für das Protokoll:

Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 800

Verabschiedung von Christine Koch aus dem Landrat

Landratspräsident **Franz Meyer** (CVP) verabschiedet Christine Koch, welche heute aus dem Landrat zurücktritt. Sie rückte am 14. Januar 2010 für Urs Hintermann auf der SP-Liste im Wahlkreis Reinach in den Landrat nach. In den Jahren 2011 und 2015 wurde sie wiedergewählt. In ihrer gesamten Amtszeit arbeitete sie als Mitglied der Bau- und Planungskommission, während der Legislaturperiode 2011 bis 2015 als Vizepräsidentin. Ausserdem war sie Ersatzmitglied in der IGPK Rheinhäfen. Franz Meyer empfand die Zusammenarbeit mit Christine Koch stets als sehr angenehm und konstruktiv.

Christine Koch reichte 29 Vorstösse ein, die meisten davon zu Bildungs- und Baufragen. Sie kann als "Miss Tempo-30" unseres Parlaments bezeichnet werden. Sie war eine sehr engagierte, wortgewandte Landrätin mit ausgeprägtem Gerechtigkeitssinn. Sie war sich nie zu schade für deutliche Worte und nahm in Kauf, damit nicht immer auf Beliebtheit zu stossen. Bei ihrem Rücktritt steht für Christine Koch nicht in erster Linie das eigene Wohl im Fokus, sie möchte Platz machen für neue Kräfte.

Franz Meyer wünscht Christine Koch für ihre beruflichen Aufgaben als Lehrerin, aber auch im Privatleben, alles Gute und dankt ihr im Namen des Landrates herzlich

für ihr grosses Engagement für unseren Kanton. *[Applaus]*

Der Landratspräsident übergibt Christine Koch ein Geschenk.

Für das Protokoll:

Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 801

Verdankung des scheidenden Landratspräsidenten

Regierungspräsident **Anton Lauber** (CVP) empfindet es als grosse Ehre, ein derart erfolgreiches Landratspräsidium verabschieden zu dürfen. Der Einstieg für Franz Meyer in das Amt des Landratspräsidenten war nicht ganz einfach, wie wir uns alle noch erinnern können. Aus den Schlagzeilen in den Medien gingen vor allem drei Aspekte hervor, welche den Landratspräsidenten charakterisieren: «Franz Meyer, der Kompromisseschmied», «Franz Meyer, der Brückenbauer» und «Franz Meyer, der Bescheidene». Anton Lauber versucht nun, hinsichtlich dieser Aussagen eine Bilanz zu ziehen.

In der Tat kann es wohl als grosse Begabung von Franz Meyer betrachtet werden, dass er Ruhe und Gelassenheit ausstrahlt, einen integrierenden Charakter besitzt und sich stets hervorragend aus die Landratssitzungen vorbereitete. Der respektvolle Umgang mit seinem Gegenüber verbesserte die Teamfähigkeit des Gesamtlandrates, so dass auch immer wieder Kompromisse erzielt werden konnten.

Mit den erzielten Kompromissen wurden Brücken gebaut: Brücken zwischen der Politik und der Öffentlichkeit. An kaum einem Anlass fehlte der Landratspräsident, er vertrat den Kanton Basel-Landschaft auf sympathische Art. Er hob stets die Vielfältigkeit unseres Kantons als Wohnort sowie die Attraktivität als Wirtschaftsstandort hervor. So gelang es ihm stets, ein positives Bild unseres Kantons in der Öffentlichkeit zu zeigen. Es gelang ihm zudem, über Partei- und Kantongrenzen hinweg zu vermitteln.

Franz Meyer zeigte sich stets bescheiden, jedoch arbeitet er sehr strukturiert, gewissenhaft und ambitioniert. Noch nie wurde im Landrat derart speditiv gearbeitet, wie unter Franz Meyers Führung. Dazu gratuliert ihm Anton Lauber.

Geschichte schrieb Franz Meyer nicht nur wegen seiner Speditivität, sondern auch wegen seiner Amtszeit von 13 Monaten, weil er bereits im Oktober und November 2014 als Landratspräsident einspringen musste.

Anton Lauber dankt Franz Meyer für dessen geleistete Arbeit für das Parlament, die Regierung und das Baselbiet. Ebenfalls dankt er dafür, dass der Landratspräsident der Regierung einige 100. Geburtstag abnahm.

Nach einem vorbildlichen Präsidialjahr wünscht Anton Lauber dem scheidenden Landratspräsidenten von Herzen wieder vermehrt Zeit zum Bergsteigen und auch im Privatleben viel Erfolg. *[stehender Applaus]*

Der Regierungspräsident überreicht Franz Meyer ein Präsent.

Für das Protokoll:

Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 802

Schlussansprache des scheidenden Landratspräsidenten

Landratspräsident **Franz Meyer** (CVP) hält folgende Schlussansprache:

«Geschätzte Landratskolleginnen und -kollegen, Geschätzte Regierungsrätinnen und Regierungsräte, Geschätzte Mitarbeitende der Landeskanzlei, Gäste und Medienschaffende!

Als ich am 1. Juli 2015 von euch zum Landratspräsidenten gewählt wurde, habe ich versprochen, mein Bestes zu geben, um unseren Kanton gut nach Aussen zu vertreten und mich für einen effizienten und konstruktiven Ablauf des Ratsbetriebs einzusetzen. Seither durfte ich unseren Kanton an über 270 Anlässen vertreten, viele tolle Institutionen kennen lernen und überall sehr engagierte Menschen treffen. Eine wunderschöne Erfahrung und viele Gründe, auf unseren schönen Kanton und unsere schöne Region stolz zu sein. Die erlebte Vielfalt an Vereinen und kulturellen Institutionen im Baselbiet, aber auch in der gesamten Region, hat mich fasziniert.

Auch das angestrebte Ziel eines effizienteren Ratsbetriebes und eines Abbaus des Pendenzenberges konnten wir dank Eurer Unterstützung klar erfüllen. Nachdem vor einem Jahr ein eingereichter Vorstoss noch mindestens sechs Monate brauchte, um es das erste Mal auf die Traktandenliste zu schaffen, werden Vorstösse heute oft bereits an der nächsten Landratssitzung behandelt. Dies stellt auch für die Verwaltung und die Regierung eine Herausforderung dar.

Ein Landratspräsident kann seinen Job aber nur gut machen, wenn er auf eine tolle und professionelle Unterstützung vertrauen kann. Hier möchte ich mich bei der ganzen Landeskanzlei und natürlich speziell bei Alex Klee, dem Ratssekretär, herzlich bedanken. Er hat im Hintergrund immer alles bestens vorbereitet und mir im rechten Moment stets das eingeflüstert, was ich sonst vielleicht vergessen hätte.

Ein grosses Dankeschön geht auch an die beiden Vizepräsidenten, an Philipp Schoch und Elisabeth Augstburger. Wir haben perfekt zusammen gearbeitet, und bei den Anlässen, an welchen ich nicht teilnehmen konnte, habt ihr mich immer würdig vertreten.

Ein letztes Dankeschön geht auch an die Regierung und speziell an den Regierungspräsidenten Toni Lauber. Auch hier war die Zusammenarbeit immer sehr angenehm und lösungsorientiert. Ich durfte den Regierungsrat sogar bei vier Besuchen anlässlich eines 100. Geburtstages in unserem Kanton vertreten. Und das Schönste dabei war: alle vier Personen lebten bei bester geistiger und auch körperlicher Gesundheit noch zu Hause. Ich wünsche uns allen, auch so 100-jährig zu werden.

Nach einem sehr intensiven und tollen Jahr darf ich das Zepter nun an Philipp weiter geben. Ich wünsche ihm, den Vizepräsidenten und der Geschäftsleitung alles Gute und bin überzeugt, dass sie von uns allen die gleiche Unterstützung erhalten, welche ich erleben dürfte.

Herzlichen Dank

Euer Alt-Landratspräsident Franz Meyer»

[Applaus]

Damit schliesst Landratspräsident **Franz Meyer** (CVP) die heutige Landratssitzung, wünscht einen schönen Nachmittag und freut sich auf das Landratspräsidentenfest für Philipp Schoch am Abend.

Für das Protokoll:

Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Ende der Sitzung: 12.10 Uhr

Die nächste Landratssitzung findet statt am

8. September 2016

Für die Richtigkeit des Protokolls

Im Namen des Landrats

der Präsident:

der Landschreiber: